

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Dreizehntel“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die beifolgende Konzeptionsliste oder deren Raum kostet 15,- Mk., einschließlich Interlinearer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Interlinearer.

Bernsprecher Zentrum 153 80-153 88

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Burgfrieden zwischen Bolschewisten und Kapitalisten

Von Artur Crispian.

Die Vertreter der russischen Regierung haben in Genoa mit den Vertretern der Regierungen von Italien, England, Frankreich, Belgien und Japan einen Burgfrieden abgeschlossen. In dem Pakt sind auch folgende Verpflichtungen enthalten:

Um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen, sollen zwischen der russischen Sowjetregierung und den ausländischen mit der Sowjetregierung verbündeten Regierungen einerseits und andererseits mit den Regierungen, die an den Kommissionen (die für die bevorstehende Konferenz im Haag Vorschläge zu einem Vertrag mit Rußland auszuarbeiten sollen. D. V.) teilnehmen, Verpflichtungen eingegangen werden, um sich aller Angriffshandlungen gegen die gegenseitigen Gebiete und auch jeder umstürzlerischen Propaganda zu enthalten.

Die Verpflichtung, sich jeden Angriff zu enthalten, wird basiert sein auf der Berücksichtigung des gegenwärtigen Status quo und wird für die Dauer von vier Monaten nach dem Schluß der Arbeiten der Kommission in Gültigkeit bleiben.

Die Verpflichtung, sich jeder Propaganda zu enthalten, bindet die Regierungen, sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten einzumischen, und ferner, nicht durch finanzielle Maßnahmen oder andere Mittel politische Organisationen in den anderen Ländern zu unterstützen, schließlich auch auf den eigenen Gebieten diejenigen Bemühungen zu unterdrücken, die darauf abzielen, Gewalttätigkeiten in den anderen Ländern vorzubereiten oder deren territorialen und politischen Status quo zu stören.

Es sei in diesem Zusammenhang nicht darauf eingegangen, wieso und warum sich der Burgfriedenspakt zwischen Sowjetrußland, Italien, England, Frankreich, Belgien und Japan wesentlich von dem Vertrag unterscheidet, den Rußland in Rapallo mit Deutschland abgeschlossen hat. Das kann bei anderen Gelegenheiten geschehen.

Mit der Vereinbarung des Burgfriedenspakts zwischen dem bolschewistischen Rußland und einer Reihe von kapitalistischen Staaten haben die Bolschewisten dasselbe getan, was die Rechtssozialisten 1914 getan haben: Einstellung des revolutionären Klassenkampfes auf der ganzen Linie und Anbahnung von Arbeitsgemeinschaften mit Kapitalisten.

Die Regierungsbolschewisten haben sich gegenüber anderen kapitalistischen Regierungen nicht nur verpflichtet, jede Tätigkeit für die internationale proletarische Einheitsfront zur Förderung der proletarischen Weltrevolution einzustellen, sie haben sich darüber hinaus verpflichtet, jede proletarische Bewegung auch in ihrem eigenen Lande zu unterdrücken, durch die der politische Status quo, d. h. der Bestand der kapitalistischen Regierungen, in den anderen am Vertrag beteiligten Staaten bedroht werden könnte.

Damit haben die Regierungsbolschewisten einen Trennungsschnitt gezogen zwischen sich und dem internationalen Proletariat. Sie haben damit nur erneut bestätigt, daß die Regierungspolitik der Bolschewisten andere Wege verfolgen muß, als die sozialistische Bewegung. Die „Note Fahren“ am 14. Mai 1922 mit Recht: „Die Sozialdemokratie kann sich in die wirkliche Einheitsfront des Proletariats solange nicht einreihen, bis sie aus der Einheitsfront mit der Bourgeoisie herausgetreten ist und die Einheitsfront des Proletariats erfordert die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln des Klassenkampfes“. Dies Bist ist nur zu ergänzen durch die Einleitung: „Die Sozialdemokratie und die Bolschewisten können sich ...“

Rußland wirbt um internationale Anleihen. Die Finanzkapitalisten fordern zuerst Sicherheiten und Garantien, bevor sie bereit sind, ihr Geldkapital in Rußland in produktives Kapital zu verwandeln. Zuerst will die internationale Bourgeoisie die Fragen der alten russischen Schulden und die des Eigentums in Rußland geregelt wissen, bevor sie bereit ist, Kredite zu gewähren. Auf der Konferenz im Haag soll versucht werden, alle diese Fragen zu regeln.

Die internationale Bourgeoisie braucht Rußland nicht minder nötig, als Rußland die internationale Bourgeoisie. Und wenn die Interalliierte Militärkontrollkommission jetzt energisch gegen die Mobilisierung der weißgardistischen Brangel-Armee in Rußland eingeschritten ist, dann nicht deshalb, weil die Bourgeoisie den Krieg verabscheut, sondern dann geschieht das aus wohlverstandenen kapitalistischen Interessen. Dem akkumulationshungrigen Kapital

An die Arbeiter aller Länder!

Im Auftrag der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) nach Berlin gekommen, um zusammen mit den Vertretern der Zweiten und der Dritten Internationale die Vorbereitungen zur Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront zu treffen, wollen wir am Tage, da das Werk vorläufig unterbrochen ist, nicht auseinandergehen, ohne vor den Arbeitern der ganzen Welt die Widerstände festzustellen, denen wir begegnen.

Die IASP hat bei ihrer Gründung im Februar 1921 in Wien, gegenüber dem Hohn und Spott von allen anderen Seiten, als erste den Gedanken der proletarischen Einheitsfront in die Massen geworfen. Sie hat erklärt, daß die Sammlung der durch die Kriegsfolgen in ihren Organisationen zersplitterten Arbeiterklasse aller Länder nur in gemeinsamen Aktionen verwirklicht werden kann. Sie hat ununterbrochen an dieser Hauptaufgabe gearbeitet und dafür eine Grundlage geschaffen in der Form des Erneuerungskomitees, dem der Auftrag der Vorbereitung eines Internationalen Arbeiterkongresses gegeben wurde.

Aber die Einberufung eines solchen Kongresses setzt bei allen Teilnehmern den aufrichtigen und beharrlichen Willen voraus, ihre Bemühungen wirklich zu vereinen, keine neue Spaltungen hervorzurufen und nicht zu versuchen, den Zusammenschluß der proletarischen Kräfte den Sonderzwecken einer Partei dienlich zu machen.

Bei den Parteien der Zweiten Internationale herrschte vor allem das Interesse vor, ihre Organisationen vor Spaltung und Zerfahrenheit durch die Bolschewisten zu schützen. In dem Kampf gegen die kommunistische Demagogie haben sie aber die allgemeinen Bedürfnisse und dauernden Interessen der Arbeiterbewegung aus den Augen verloren, so daß schließlich diejenigen Parteien der Zweiten Internationale die Oberhand gewannen, die von Anfang an infolge ihrer opportunistischen Gesamtpolitik der Idee der Einheitsfront des Proletariats feindlich gegenüberstanden. So hat die Zweite Internationale der Sache der Einigung des Proletariats immer neue Hindernisse in den Weg gelegt.

Die kommunistische Internationale war eine Zeitlang vom Wunsche geleitet, die Politik der Moskauer Regierung durch den Druck des Weltproletariats unterstützen zu lassen und schloß sich daher der Idee der Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses an. Aber sie hat nichts getan, um die Sache des Weltkongresses durch ihre Taten zu fördern. Im Gegenteil. Die bolschewistische Regierung hat die terroristischen Verfolgungen gegen die Sozialisten in Rußland nicht nur nicht eingestellt, sondern sie verschärft, sie hat die Angriffe auf die Meinungs- und Handlungsfreiheit der Arbeiterorganisationen sowie die Vergewaltigung des

freien Selbstbestimmungsrechts der Völker fortgesetzt. Sie hat weiter Mißtrauen gesät und unaufhörlich neue Beschimpfungen und Verleumdungen gegen jene sozialistischen Parteien geschleudert, mit denen sie sich angeblich zu gemeinsamen Aktionen vereinigen wollte. Sie hat ihre Taktik in den Dienst der sogenannten „Entlarvung“ gestellt, die Parole der Einheitsfront war ihr nur ein Mittel zum Zweck. Weit davon entfernt, durch Loyalität und Aufrichtigkeit die Voraussetzungen einer gemeinsamen Aktion zu schaffen, hat sie aus Mangel an gutem Willen zerstört.

So kamen die Vertreter der Zweiten Internationale zur Sitzung der Erneuerungskommission lediglich, um festzustellen, daß ihre ultimativen Bedingungen bezüglich der Einberufung eines Weltkongresses — Einstellung des Terrors in Rußland und Verzicht auf die gewerkschaftliche Jellentaktik — nicht erfüllt sind, und die Vertreter der Dritten Internationale, um ultimativ und ohne Rücksicht auf die erst noch zu überwindenden Schwierigkeiten die bedingungslos und sofortige Einberufung des Kongresses zu fordern. Diese Gegenüberstellung der ultimativen Forderungen hat jeden weiteren Schritt zur Herstellung der Einheitsfront vorläufig unmöglich gemacht und mußte zur Sprengung der Erneuerungskommission führen.

Diese Eißrung der Arbeit der IASP für die proletarische Einheitsfront kann nur vorübergehender Natur sein. Im Augenblick, wo die kapitalistischen Staaten durch ihre Kriegsgesahren in sich bergenden Konkurrenzströmungen, wie durch ihre Vereinigung zur Ausbeutung der Arbeiterklasse die Arbeiter aller Länder in ihren Rechten bedrohen, die Arbeitslosigkeit, den Lohnabbau, die Verlängerung der Arbeitszeit, das Elend und die Unterdrückung vermehren, — kann nur das gesamte Weltproletariat, über die Grenzen hinweg als geschlossene Masse vereinigt, einen starken Wall bilden gegenüber der wachsenden Offensive des Imperialismus und Kapitalismus.

Die Arbeiter müssen durch ihren Druck den bösen Willen und die Spaltungspolitik der Einen, die Abneigung und die engherzige Politik der Andern überwinden, um die Zersplitterung zu beseitigen, die ihre Kraft in der ganzen Welt schwächt.

Die IASP wird ihre Tätigkeit zur Erreichung der Einigkeit fortsetzen und ruft die Arbeiter auf, sie in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Arbeiter, um eure Sache handelt es sich!

Berlin, den 24. Mai 1922.

Die Delegation der IASP, zur Erneuerungskommission, Friedrich Adler, Bracke, Crispian.

kommt es darauf an, die Russen zum Warenabnehmer und Warenlieferanten zu machen. In diesem Stadium der Akkumulation des Kapitals sind Mittel militärischer Gewalt nicht zu gebrauchen. Mit Gewalt oder gar mit Terror läßt sich Rußlands Wirtschaft nicht aufbauen. Lenin hat es auf dem 11. Kongreß der KPR. deutlich genug ausgesprochen müssen, daß man in Rußland die Bourgeoisie nicht mit Terror zu einer nützlichen Arbeit zwingen könne, daß man sie jetzt „mit Hilfe anderer Methoden“ heranziehe. Diese „anderen Methoden“ sind eben Zugeständnisse an den Kapitalismus und an die Kapitalisten.

Wie nun die Bolschewisten die Bourgeoisie mit Terror nicht zur nützlichen Arbeit zwingen können, so können auch die Bourgeoisie, die russischen, ebensowenig wie die internationalen, durch Mittel der Gewalt in Rußland neue Produktionsquellen erschließen, Arbeitskräfte in Bewegung setzen und die kapitalistische Warenwirtschaft organisieren. Dazu muß man sich eben auch „anderer Methoden“ bedienen.

Die internationale Anleihe ist die Übertragung von mehrwertbedecktem Kapital aus alten und starken Ländern in junge oder schwache Länder. Die Perspektive ist: Konzentration, Trustbildungen, Vereinigung höchster ökonomischer und politischer Macht im Finanzkapital.

Die neuerstehende kapitalistische ökonomische Struktur in Rußland wird die neuen Mächte zwingen, ihr in neuen juristischen und politischen Einrichtungen auch einen entsprechenden geistigen Ueberbau zu geben. Die kapitalistische Warenproduktion bedingt ihre spezifische Staatsform. In seinen Betrachtungen über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rußland ist der bolschewistische Schriftsteller E. Werga ebenfalls wiederholt zu solchen Erkenntnissen gekommen. Friede mit den Imperialisten, Verzicht auf die Auslandspropaganda, Konzession verschiedener Kräfte

und regelmäßiger Gütertausch mit kapitalistischen Ländern lassen einen neuen Staatstypus in Rußland entstehen, der zur Wiedererstarkung der kapitalistischen Ordnung beitrage.

Die Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie, wie sie nunmehr von den Regierungsbolschewisten betrieben wird, ist, wie Lenin den mißtrauischen Kapitalisten versichert, „ernst und auf eine lange Dauer hingemeint“. Und wie wird diese Politik von den verschiedenen Bevölkerungsschichten in Rußland aufgenommen? E. Werga berichtet, daß sich die Bauern zu dieser Politik anscheinend sehr günstig einstellen. Auch könne man mit Sicherheit annehmen, daß die Kleinhändler, Spekulanten und Schleihändler den Freihandel mit Begeisterung aufnehmen. Was die Arbeiter betreffe, so werden sie, durch die Ereignisse der letzten Jahre ermüdet, dem Neuanstehen der Kapitalisten kaum Widerstand entgegenzusetzen. Wie sollten die Arbeiter auch, wo sie entrechtet und unterdrückt sind, soweit sie nicht den Regierungsbolschewismus aus ideellen oder materiellen Gründen als höchste Weisheit preisen.

Das Lebensinteresse des Proletariats in Rußland fordert, daß die proletarischen Massen der neuen kapitalistischen Ordnung nicht wehrlos ausgeliefert werden. Alle Beträge der Regierungsbolschewisten mit nationalen oder internationalen Kapitalisten über die Regelung der Arbeitsverhältnisse sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurden, solange nicht hinter dieser Verträge die lebendige Kraft und die geschlossene Macht eines kampfbereiten Proletariats steht. Das lehrt ein Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Je reaktionärer und je kapital-

Die nächste Nummer der „Freiheit“ erscheint des Himmelfahrtstages wegen am Freitag mittag.

freundlicher ihre Politik wird, desto rücksichtsloser wüteten die Regierungsbolschewisten mit Terror gegen sozialistische Teile des Proletariats. Mehr denn je aber braucht die sozialistische Bewegung in Russland Bewegungsfreiheit, um die proletarischen Massen für den Sozialismus zu gewinnen und zielbewußt in Bewegung zu setzen. Die sozialistische Bewegung braucht in Russland Bewegungsfreiheit auch als Vorbedingung einer wirklichen nationalen und internationalen Einheitsfront des Proletariats.

Für die Proletarier aller sozialistischen Glaubensbekenntnisse ergibt sich aus dem Gesagten die Schlussfolgerung, daß die sozialistischen Parteien, die sich in der internationalen Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben, immer deutlicher als die Vertreter und Führer des Klassenbewußtseins, um den Sozialismus ringenden, Proletariats hervortreten.

Zu dem Ergebnis der Waldecker Landtagswahl

Ein Genosse, der während des Wahlkampfes in Waldeck war, schreibt uns:

Nachdem nunmehr das endgültige Resultat der Landtagswahl aus dem Freistaat Waldeck vorliegt, lobt es sich, einen kleinen Rückblick zu werfen auf die Art, wie in Waldeck der Wahlkampf geführt wurde.

Mit Ausnahme der Demokraten hatte keine der bürgerlichen Parteien den Mut, in den Wahlkampf offen als Partei zu treten. Unter dem Decknamen „Landeswahlverband“ vereinigten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. In echt deutschnationaler Art operierte dieser Landeswahlverband während der Wahlen. Schuld an dem gegenwärtigen Zustand des deutschen Volkes trägt die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Das war das Peinlichste aller ihrer Taten.

Trotz richtiger Evaluation der Rechtsparteien, ist der ihnen beschiedene Erfolg ein recht geringer geblieben. Sie haben zwar im letzten Landtag die Majorität erhalten, doch ihre Stimmeneinbuße gegenüber der Reichstagswahl 1920 ist eine ganz bedeutende. Damals erhielten die Deutschnationalen in den drei Kreisen, die sich diesmal an der Wahl beteiligten, 10.643 Stimmen. Die Deutsche Volkspartei 4796 Stimmen. Beide Parteien zusammen 15.199 Stimmen. Am 21. Mai 1922 aber zusammen nur 9084 Stimmen. Selbst unter der Berücksichtigung einer geringeren Wahlbeteiligung ist der Stimmenverlust ein sehr hoher zu nennen.

Auch die Demokraten haben wieder eine starke Stimmenabnahme zu verzeichnen, obwohl auch diese Partei während des Wahlkampfes an Geldmitteln nicht zu sparen brauchte. Von den 3771 Stimmen bei der Reichstagswahl 1920 wurden diesmal nur 2339 Stimmen erreicht.

Als Reich gegen den Landeswahlverband, der auf seiner Kandidatenliste nur die Großen des kleinen Landes stehen hatte, hefteten einige kleine Bauern und Handwerker eine eigene Liste auf, die sie „Wirtschaftliche Vereinigung“ taufen. 1589 Stimmen vereinigte sich auf diese Liste. Nach welcher politischen Richtung der gewählte Kandidat sich orientieren wird, ist bisher noch nicht zu erkennen.

Bei der Wahl am Schicksal abgegrenzten haben diesmal die Rechtssozialisten. Bei der Reichstagswahl 1920 entfielen auf die S.P.D. 6044 Stimmen. Vorigen Sonntag erhielten sie nur 3773 Stimmen.

Im Wahlkampf selbst waren die Rechtssozialisten am rührigsten. Neben einem halben Duzend Parteisekretären und Gewerkschaftsangehörigen waren Mitglieder der preussischen Landtags- und der Reichstagsfraktion tätig. Nicht weniger als 6 Flugblätter wurden von ihnen herausgegeben. Daneben bemühten sie den Interzettel der bürgerlichen Presse in einer geradezu verächtlichen Weise. Geld schien bei der S.P.D. keine Rolle zu spielen. Auf Grund der geleisteten Arbeit muß die S.P.D. vom Wahlansatz schmerzhaft überrascht sein.

Wir wundern uns darüber nicht. Denn einmal trug das Verhalten der S.P.D. vom Wahlansatz schmerzhaft überrascht sein.

Wir wundern uns darüber nicht. Denn einmal trug das Verhalten der S.P.D. bei der Parteienabfindung im letzten Waldecker Landtag sowie die ganze politische Haltung dieser Partei nicht dazu bei, das Vertrauen der Arbeiter zu erhalten. Dann aber war die Wahlkampfstrategie eine geradezu erbärmliche. Ihre oberste Aufgabe haben die Rechtssozialisten in der Bekämpfung der U.S.P.D. Der Satz gegen uns ging soweit, daß ein rechtssozialistischer Parteisekretär in einer öffentlichen Versammlung die Wähler aufforderte, die demokratische Liste zu wählen, falls ihr Gewissen ihnen verbiete, der S.P.D. die Stimme zu geben, unter keinen Umständen dürften sie aber unabhängig wählen. Selbst der Auspruch des Gen. Crispian auf dem Parteitag in Leipzig: Wir kennen keine nationalen Interessen, wir kennen kein Vaterland, das man Deutschland nennt. Unser Vaterland ist die Erde, ist das Proletariat, die proletarische Internationale mußte herhalten, um den Rechtssozialisten in einem Flugblatt die Gelegenheit zu geben, den Nachweis zu erbringen, daß die U.S.P.D. die nationalen Interessen nicht vertreten kann.

Ein so grundlosloser Wahlkampf wie ihn die S.P.D. in Waldeck geführt hat, dürfte selbst in der Geschichte der S.P.D. einzig dastehen. Es ist deshalb schon richtig, wenn das rechtssozialistische „Casseler Volksblatt“, das nebenbei diesen schmutzigen Wahlkampf geistig geführt und „begeistert“ hat, schreibt: „Der Stimmenrückgang der Partei, sowie das Ausbleiben der unabhängigen Stimmen, geben Anlaß, ernstlich über die Ursachen des Wahlausganges nachzudenken“. Nach den gemachten Erfahrungen haben wir leider wenig Hoffnung, daß dieses Nachdenken gute Früchte zeitigen wird.

Von der S.P.D. war im Wahlkampf nichts zu merken. Nach der Spaltung in Halle waren wohl einige Ortsgruppen der U.S.P. zur S.P.D. übergegangen. Kurze Zeit später waren sie eines seltsamen Todes gestorben.

Wäre nicht der allgemeine sozialistische Stimmenrückgang zu verzeichnen, könnte die U.S.P. mit ihrem Wahlerfolg sehr zufrieden sein. Während alle Parteien an Stimmen abgenommen, nahmen wir zu. Von 891 bei der Reichstagswahl stiegen wir auf 1390 Stimmen und sind jetzt zum ersten Mal als Partei im Landtag vertreten. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, weil wir nicht über die Mittel verfügten, mit denen unsere Gegner arbeiten konnten. Ein erst im Aufbau begriffener Parteiparagraf, eine mangelhaft verbreitete Presse, nur ein einziges Flugblatt während des Wahlkampfes! Auch konnten nicht in allen Orten Versammlungen abgehalten werden. Sehr eifrig waren allerdings unsere Parteigenossen tätig, und ihnen ist es in erster Linie zu verdanken, daß der Erfolg ein so bestrebender ist. Gehen wir überall mit gleichem Vertrauen und planmäßig an die Arbeit, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Rabinettsskizze?

Zwischen dem Reichskanzler Birtz und dem Finanzminister Hermes bestehen seit längerer Zeit Differenzen. Neuerdings sollen die sich nach der „Sozialistischen Korrespondenz“ derart zugespitzt haben, daß eine Rabinettsskizze droht. Die „Sozialistische Korrespondenz“ schreibt hierzu, daß Hermes schon in Genua die Auffassungen des Reichskanzlers in bezug auf den deutsch-russischen Vertrag nicht teilte und offen dagegen Stellung nahm. Dadurch suchte er für die Verhandlung, die er in Paris zu führen hatte, den Boden vorzubereiten. Die „Sozialistische Korrespondenz“ fährt dann fort:

„Ueber die Verhandlungen, die Dr. Hermes in Paris bisher inoffiziell mit den einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission gepflogen hat, hat die deutsche Öffentlichkeit bisher noch recht wenig erfahren und auch die französischen Stellen floßen zwar reichlich, aber trübe. Soviel aber scheint doch festzustellen zu können, während der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und der Reichswirtschaftsminister mit ihren Sachverständigen in Genua weiter im Rahmen der allgemeinen Weltkonferenz arbeiteten, Dr. Hermes in äußerst loser Fühlungnahme mit Berlin und den deutschen Reaktionsmitgliefern in Genua recht weit auseinander in Auachandlungen zum Nachteile des deutschen Steuerzahlers. Auf alle Fälle war die deutsche Reaktionen mit dem Kanzler an der Spitze anscheinend recht überrascht, als sie nach Berlin zurückkehrten und nun über den Stand der Pariser Verhandlungen unterrichtet wurden. Manachst war diese Unrichtigkeit bis in die letzten Tage, es bedurfte händlicher Aufforderungen und Rückfragen, um den verhandelnden Reichsfinanzminister zu veranlassen, seine Karten besser aufzudecken. Schließlich entschloß sich das Rabinett zu einer dringenden Aufforderung an Dr. Hermes, umachend persönlich in Berlin Bericht zu erstatten, was nunmehr in den Abendstunden des Dinstagsabends geschehen soll. Soll der Genosse Birtz-Hermes schon so groß geworden sein, daß er nicht mehr überbrückbar ist, daß am Dinstagsabende die Rabinettsskizze, die seit zwei Tagen latent sein soll, akut wird, weil Hermes seinen Standpunkt zum Siege zu führen vermag?“

Auch die „Dema“ erzählt aus „gutunterrichteter parlamentarischer Quelle“, daß eine Rabinettsskizze besteht, die am Dinstagsabend dadurch eine vorläufige Lösung gefunden habe, daß der Reichskanzler Birtz seinen Rücktritt bis zur persönlichen Berichtserstattung durch den Minister Hermes, also bis heute abend, verschoben hat. Weiter weiß die „Dema“ zu melden, daß der Reichskanzler den sofortigen Rücktritt Hermes gefordert hatte, weil dieser in Paris seine Instruktionen überschritten, daß aber die übrigen Rabinettmitglieder es nicht für angängig bezeichneten, Hermes gerade jetzt zu desavouieren.

Durch diese Mitteilungen erhalten die von den deutschsozialistischen Blättern anfangs der Woche ausgestreuten Meldungen über Krisen im Rabinett erhöhte Bedeutung. Die Organe der Stinnespartei wußten damals schon, daß es Hermes auf einen Konflikt abgesehen hatte. Hermes war ja stets ihr Mann. Es wäre allerdings keine läbliche Ironie, wenn gerade ein Hermes, der in jedem andern Lande wegen seiner geringen politischen Sonderheit als Minister unendlich wäre, Reichsfolger werden sollte.

Der Griff ins Wespennest

Wie nicht anders zu erwarten war, gefallen unsere Veröffentlichungen über die Abicht des preussischen Finanzministers, dem Defizit der Reichsbank einige hundert Millionen oder gar das ganze sogenannte Kronvermögen auszuweichen, den Monarchisten sehr wenig. Das übliche Dementi ist prompt gekommen. Aber diese Ablehnung ist in einer Form gehalten, die den sonst in solchen Fällen üblichen Redefehl an Gewandtheit weit in den Schatten stellt. Den Rücktritt des Ministerialdirektors Bachem gibt auch die Reaktionen zu. Dieser Rücktritt sei jedoch nicht erfolgt, weil Bachem mit dem Minister verschiedener Meinung über die Abfindung der Hohenzollern sei, sondern weil Bachem nicht zu einer Konferenz eingeladen war, in der diese Angelegenheit zur Besprechung kam. Man hätte seine Einladung übersehen, weil er am Samstag vorher, einem Sonnabend, einen Urlaub von vier Monaten angetreten habe, um nach Argentinien zu reisen. Für gewöhnlich pflegen so wichtige Besprechungen nicht aus dem Handgelenk heraus — und dann noch dazu an einem Sonntag! — abgehalten zu werden. Und daß man so lange wartete, bis man den Mann, von dem bekannt war, daß er seinerzeit den Kampf gegen die bereits beschlossene Hohenzollernabfindung aufnahm, unterwegs nach dem großen Teich wählte, ist, wie selbst die bürgerliche „Reinhold“ schreibt, zweifellos von symptomatischer Bedeutung.

Das Regierungsdementi behauptet dann weiter, niemals sei die Ueberweisung von 200 Millionen Mark an Wilhelm v. Hohenzollern beschlossene gewesen. Wollte man ihm vielleicht mehr schenken? Denn aus den Schlussabfindungen geht hervor, daß der Finanzminister sich in der Angelegenheit der Abfindung mit seinen Anträgen an das Staatsministerium wenden will. Dieses soll dann über die weitere Erledigung im Landtag und Staatsrat beschließen.

Bis auf die einzige positive Erklärung, daß das Finanzministerium nicht beabsichtige, die Hohenzollernabfindung unter Umgehung des Parlaments vorzunehmen, darf das Dementi als Bestätigung der geplanten Hohenzollernabfindung gelten. Bei der Behandlung der großen Angelegenheit der U.S.P.-Fraktion im Landtag wird sich ja zeigen, wie weit Volksvertreter den Mut haben, den Verderber des deutschen Volkes mit Millionenbesuchen zu überhäufen, während Greife und Rinder, Kriegskräppler und Anwaltsrentner verbungern.

Bei der Besprechung des Dementi teilt der „Vorwärts“ mit, daß Wilhelm noch immer keinen Sinnig Steuern gezahlt hat. Wirklich eine Perle. Dieser ebemalige Landes„vater“!

Daneben gehauen

Kürzlich haben wir in der „Freiheit“ aus der Neuauflage des Strödel'schen Buches „Die deutsche Revolution“ längere Abschnitte aus dem Kapitel „Zwei Jahre Revolution“ abgedruckt, die eine demütigende Kritik der rechtssozialistischen Koalitionspolitik und des Schröder'schen Parteitagbeschlusses bilden. Wochenlang hat der „Vorwärts“ zu dieser Falschmeldung der eigenen Partei durch den Rechtssozialisten Heinrich Strödel geschwiegen, wie er auch die Neuauflage des Buches Strödel überhaupt toigeschwiegen hat. Erst jetzt unternimmt das Parteivorstandmitglied Hermann Müller im „Vorwärts“ den Versuch, nicht vielleicht Strödel's Falschmeldung über den Bankrott der Koalitionspolitik zu widerlegen, sondern gegen die „Freiheit“ zu

polemisieren, weil sie das demütigende Urteil Strödel's der linken politischen Haltung der SPD. gegenübergestellt hatte.

In der Sache selbst muß Hermann Müller zugeben, daß die Rechtssozialisten gar keinen Versuch einer Politik ohne bürgerliche Parteien machten. Um aber den rechtssozialistischen Arbeitern diesen Umstand zu verhallen und sie von der Güte der Koalitionspolitik im allgemeinen und des Schröder'schen Beschlusses im besonderen zu überzeugen, redet Hermann Müller von den „Bedingungen“ der Koalitionspolitik, die nicht nur „decoratives Blendwerk“ seien. Im nächsten Satz muß er sich dann bei der Frage der Erledigung des Steuerkompromisses allerdings selbst ohrfeigen. Denn er gibt zu, daß die Rechtssozialisten das bedauerliche Steuerkompromiß, über dessen antisozialen und bestyrmblichen Charakter heute kein deutscher Arbeiter mehr im Zweifel ist, mit Hilfe der Stinnespartei abgeschlossen haben. Beteres Material für die Unwahrscheinlichkeit der Müller'schen Behauptung, die Schröder'schen Bedingungen seien kein bloßes Blendwerk, bieten die Koalitionen in Preußen und jetzt in Braunschweig wahrlich mehr denn genug.

Nach dem Ende der Reuenerkommission

Die Kommunisten machen eine eigene Einheitsfront.

Wer wissen will, wem die Sprengung der Reuenerkommission nach den ersten hoffnungsvollen Anfängen vom 20. April und 1. Mai in Wirklichkeit genützt hat, der braucht nur die höhnischen und freudenvollen Kennerungen in der bürgerlichen Presse zu lesen. Jedem, dem es ernst ist mit der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind, müssen diese Kennerungen mit tiefer Trauer erfüllen. Dieses Trauerspiel wird nur noch verschlimmert, wenn man die gegenseitigen Beschimpfungen im „Vorwärts“ und in der „Roten Fahne“ liest, die wieder in verstärktem Maße eingesetzt haben. Dazu wurde nun wochenlang und monatelang wertvolle Arbeitskraft eingesetzt, um am Schluß wieder vor einem Scheitern zu stehen.

Der „Vorwärts“ überschreibt keinen gestrigen Beitrag: Das Ende einer Komödie. Er wirft der U.S.P. eine Politik des „Einerseits und Andererseits“ vor. Wir tragen diesen Vorwurf gefaßt. Denn was der „Vorwärts“ hier und vorwärts, das ist seine Politik. Wie will er seine Zustimmung zu und seine Anwesenheit auf den beiden gemeinsamen Sitzungen vereinbaren mit seiner angeblichen schon immer geübten Ueberzeugung, daß eine Zusammenarbeit mit „morbidebrüchigen“, mit einer „heimtückischen“ und „konfusen Minderheit“ unmöglich sei? Wäre es bei dieser Ueberzeugung nicht besser gewesen, der bürgerlichen Welt überhaupt erst gar nicht jenes beschämende Schauspiel einer Konferenzsprengung zu bieten? Der „Vorwärts“ mag sich diese Frage überlegen und dann sagen, wie er das Verhalten seiner Parteifreunde, mit dem schönen Satz: „Nicht taktisch (11) Ein- und Herschwanzen, nur klare, grundsätzliche Erkenntnis“ vereinbaren will.

Die „Rote Fahne“ überschlägt sich geradezu in Beschimpfungen der anderen Arbeiterparteien. Sie schreibt: Einheitsfront trotzallem! Danach scheint sie also jene im Ultimatum von Sinowjew in der „Roten Fahne“ vom März angeforderte Neuauflage der — Märzoffensive durchzuführen zu wollen. Sinowjew schrieb nämlich:

Wenn nicht die Reuenerkommission unerschütterlich den Weltkongress einberuft, werden die Kommunisten aus der Reuenerkommission austreten und die „Einheitsfront“ ungeachtet eurer Haltung und gegen Euch weiterführen.“

Wir meinen, die Kommunisten sollten doch nachgerade genug aus dem Vorjahre gewarnt sein, wo sie mit demselben bolschewistischen Grundsatze „Wer nicht mit mir ist, der ist gegen mich“ während ihrer Märzoffensive so lässlich Schiffbruch litten.

Der Kampf gegen die westeuropäische Arbeiterschaft: geht denn auch schon los. Der zweifelhafte Einheitsapostel — Sinowjew schreibt in der „Roten Fahne“:

Wir sind bereit, die Forderung einer Unterstützung Sowjetrußlands aus der gemeinsamen Plattform der Vereinbarung zu streichen, so daß nur noch die Forderungen des Kampfes für den Achtstundentag, des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Offensive des Kapitals und ähnliches verbleiben würde. Sowjetrußland wird auch ohne die „Unterstützung“ seitens der Wandervögel, Weiß, Scheidemann und selbst der Bauer und Adler weiterleben.“

Das ist nichts weiter, als eine unerschütterte Brüstung der gesamten Arbeiterklasse, die in ihrem Hilfswort für das hungernde Rußland schon so vieles geleistet hat und noch mehr leisten wird. — Das sagt derselbe Mann, der bisher allen, die den Ereignissen im bolschewistischen Rußland kritisch gegenüberstanden, als „Kettenhunde der Bourgeoisie“ und „Saboteure am Unterstützungswerk für Rußland“ beschimpfte. — Freilich, wir wissen jetzt den Grund zu dieser Wendung allzu genau. Erhielt wollten die Kommunisten die Einheitsfront nur für Westeuropa, um „an die Massen“ heranzukommen und zweitens ist Sowjetrußland heute alles andere als kommunistisch. Weil die Bolschewiki heute gezwungen sind, mit Kapitalisten, Ministern und Königen Handel zu treiben, also eine kapitalistische Politik zu machen, deshalb ist ihnen die Hilfe der sozialistischen Arbeiter notwendig. Das soll und aber nicht hindern, gerade deswegen die russische Arbeiterschaft gegen die neue Ära der politischen und wirtschaftlichen Ausbeutung unter dem bolschewistisch-kapitalistischen Regime mit allen Mitteln zu unterstützen — auch gegen den Willen der Sinowjew, Radef und ihrer auerrussischen Sprachrohre.

Der erste Versuch einer gemeinsamen Arbeit aller proletarischen Organisationen ist gescheitert. Aber wir gehen trotzallem die Hoffnung und die Bemühung nicht auf, doch endlich an Stelle der ohnmächtigen Ferkissenheit jene geschlossene Macht des Proletariats aufzurichten zu helfen, an der jeder frivole Versuch einer nochmaligen Sprengung und Zerreißung scheitern muß.

Russische Sozialrevolutionäre als Ankläger vor einem Berliner Gericht

Der verantwortliche Redakteur der in Berlin erscheinenden Tageszeitung „Sols Rossii“, D. M. Tschernoff, hat gegen den verantwortlichen Redakteur des ebenfalls in Berlin erscheinenden russisch-bolschewistischen Blattes „Roya Mir“ Klage wegen Verleumdung angehängt. Im „Roya Mir“ wurden ihm ähnliche Vorwürfe gemacht, wie sie jetzt in der kommunistischen Presse fast täglich gegen die 47 angeklagten Sozialrevolutionäre erhoben werden. Durch diese Klage soll das bolschewistische Blatt gezwungen werden, seine Behauptungen zu beweisen.

Presse und Klassenkampf

In einer gutbesuchten Versammlung der Funktionäre der USPD, von Groß-Berlin, die am 22. Mai in der Brauerei Köpenick stattfand, sprach der Genosse Dittmann über das Thema: Presse und Klassenkampf. Der Redner führte im wesentlichen folgendes aus:

Die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands hat von ihren Anfängen an den ungeheuren Wert der Presse zu schätzen gewußt. Schon bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes gab es in Deutschland 23 sozialistische Zeitungen. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes schossen die Parteiblätter wie Pilze aus der Erde. Viele dieser Blätter wurden unter den kümmerlichen Verhältnissen gearbeitet und haben jahrelange Existenzkämpfe führen müssen; manche gingen auch wieder ein. Bei Ausbruch des Weltkrieges gab es 11 sozialdemokratische Zeitungen. Mit der Revolution im November 1918 begann eine neue Periode der Pressegründungen im sozialdemokratischen Lager. Die USPD konnte auf ihrem ersten Parteitag im November 1919 bereits 35 Tageszeitungen mühen. Die Spaltung in Halle reduzierte diese Zahl zwar zunächst etwas, heute beträgt die Zahl der unabhängigen Zeitungen bereits wieder 30. Im Laufe der Jahre ist eine Unsumme von Organisationsarbeit, Opfermut, Energie und Finanzkraft in die sozialistische Presse Deutschlands hineingekostet worden. In keinem anderen Land der Welt hat die sozialistische Bewegung etwas Derartiges oder Ähnliches aufzuweisen. Zweifellos beruht die starke Durchdringung der Massen mit sozialistischen Ideen und die politische Schulung der deutschen Arbeiterklasse wesentlich auf der relativ großen Verbreitung der sozialistischen Presse.

Unsere „Freiheit“ ist bekanntlich ein Kind der Novemberrevolution. Ihr Entwicklungsstadium war bis heute ein sehr kümmerliches. Halle brachte einen starken Rückschlag, dessen Auswirkungen im Verein mit der allgemeinen Not der Zeitungen das Unternehmen in Schwierigkeiten gebracht haben. Der Mangel an Papier, Farbe, Del. Maschinen usw. hat bereits das Einstellen zahlreicher Zeitungen verursacht. Vor allem die politische Parteilinie hat einen schweren Existenzkampf zu führen. Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ und der Berliner „Tag“ hat auch unsere „Freiheit“ ihre Abendausgabe eingestellt und zweifellos werden andere politische Tageszeitungen, vor allem der Arbeiterpartei, diesem Beispiel folgen müssen. Das Stieren- und Zusammenstürzen der Presse ist eine Besäufnisstunde der allgemeinen Monopol- und Kräftebildung, die jetzt unser kapitalistisches Wirtschaftsleben immer mehr beherrsicht. Die Rohstoffe der Zeitungen werden von großen Syndikaten monopolisiert, die den Zeitungen Diktatorien diktiert. Gleichzeitig kaufen die großen Monopolisten wie Stinnes und Genossen überall Zeitungen auf, um sie in ihren Dienst zu stellen. Dadurch beherrsicht sie in immer härterer Weise die öffentliche Meinung, infizieren und verenden sie mit kapitalistischem Gift.

Es ist deshalb die Pflicht unserer Parteioffiziere, besonders derjenigen unserer Berliner Genossen, sich mit Nachdruck für ihre Presse einzusetzen und eine großzügige Agitation für sie einzuleiten. Die Berliner Parteileitung hat bereits einen Extrabeitrag von zwei Mark pro Monat und Material für einen Pressefonds beschaffen. Durch parteienoffizielles Zusammenarbeiten aller dafür machenden Anstalten und Personen muß dafür gesorgt werden, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten für die „Freiheit“ überwunden werden.

Ich habe die Eberfunktion der „Freiheit“ übernommen, weil ich es für meine Parteipflicht halte, einzuspringen. Ich bin damit einverstanden in die Grobberliner Dredline und habe nun das Bewußtsein, von allen Seiten beworben zu werden nicht nur mit „Vorwärts“ und „Rote Fahne“, sondern auch mit anderen unserer lieben Parteigenossen. In, es werden zur Diskreditierung der neuen Redaktion innerhalb der Parteigenossenschaft immer verschiedene Artikelulare verbreitet. Ein solches Reiches parteienoffizielles Ediktum, das ich hier zur Stelle habe, ist drei Schreibmaschinenseiten groß und offenbar herabgesetzt, um in unserer heutigen Versammlung als Material benutzt werden zu können. Denn es trägt den Untertitel „Glossen zum Thema Presse und Klassenkampf“. Das Nachwerk ist nach München-Grabbacher Manier zusammengeheftet. Einzelne Sätze aus der „Freiheit“ sind aus dem Zusammenhang herausgerissen und einander gegenübergestellt worden, um angebliche Widersprüche zu konstatieren. Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Herren Verfasser. Dieses Nachwerk ist besonders in die Kreise der parteienoffiziellen Gewerkschaftsorganisationen hineingebracht worden. Seine Räter leiten sich damit selber einen Vordienst. Wenn nach ihrer Methode die Freiheitsummern, die in unserer alten Redaktion herausgekommen sind, behandelt würden, so würde man sich stellen, daß sie von Widersprüchen geradezu wimmeln. Zudem ist doch parteienoffiziell recht bedenklich, wenn solche Gespinnstereien einreichen, durch Artikelulare in die eigenen Reihen Kräfte hineinzutragen. Das reicht fast nach organisierter Stänkerei. Wir müssen wissen, daß alle Parteigenossen die Pflicht haben, offen und loyal zusammen zu arbeiten, um die „Freiheit“ möglichst schnell wieder hochzubringen. Alle verächtlichen Empfindlichkeiten müssen zurückgelassen und die gemeinsamen Parteinteressen in den Vordergrund gerückt werden. Die gesamte Partei im Lande fordert jetzt von den Berliner Parteigenossen, daß sie geschlossen zusammenstehen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Gerade jetzt wo der Großkapitalismus alles überwindet, ist in Berlin ein Organ des Klassenkampfes nötiger denn je. Organ des Klassenkampfes ist heute weder der „Vorwärts“ noch die „Rote Fahne“. Der „Vorwärts“ ist Organ der deutschen Koalitionsregierung, die „Rote Fahne“ ist Organ der russischen Sowjetregierung. Gegen diese beiden Regierungsorgane ist das Organ der sozialistischen Oppositionsbewegung notwendig, das frei von jedweder Regierungsdrückung den Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes vertritt. Die Notwendigkeit des gerade Genua gesucht. Unsere „Freiheit“ hat Genua von vornherein mit größter Reserve behandelt und keine Illusionen über das dort Erreichbare erweckt. Wir haben nicht gleich der übrigen Presse wie hypnotisiert nach Genua gescharrt und von dort das Heil der Menschheit erwartet. Der Verlauf der Konferenz hat unsere reservierte Haltung durchaus gerechtfertigt. Schon am 21. April schrieb die „Freiheit“:

„Zeit einer Reihe von Tagen wälzte sich durch die gesamte Presse eine ungeheure Flut von Meldungen, zum Teil der widersprechendsten Art, über die Krise in Genua. Nicht stellt sich heraus, daß von allen diesen Meldungen nicht viel mehr antrifft, als die Tatsache, daß eine Krise bestand. Kombinationen über erfolglose Neuherungen einzelner Kongreßteilnehmer bildeten den überwiegenden Teil des übrigen. Wir haben von vornherein davon abgesehen, unsere Leser mit all dem zu behelligen.“

Jetzt hinterher schließt sich ein großer Teil der Presse unserem Urteil über die Wertlosigkeit der Kongreßarbeiten an, mit denen die Presse täglich die Konferenz begleitet hat. So schreibt Ströbel im „Firn“ vom 15. Mai:

„Von dem Genuer Reporterengewühl haben wir nun nur Weniges über uns ergehen lassen müssen. Es ist er-

stauslich, daß die Verdauungsorgane des lieben Publikums nicht schon längst gegen die ihnen von der Presse vorgegebene Kost drastisch rebelliert haben. Daß unsere Zeitungen nun schon wochenlang ihren Lesern den fadeften Personalflatsch und die abgeschmacktesten Sensationen aufstischen konnten, war nur deshalb möglich, weil unser Publikum allem realpolitischen Denken entwidmet worden ist.“

Dies Urteil Ströbels stimmt mit dem unseren völlig überein. Auch für das Proletariat liegt eine Gefahr darin, wochenlang der Suggestion der bürgerlichen Presse über solche schillernden Seifenblasen ausgeliefert zu sein. Die Sensationspresse wirkt wie Opium, wie betäubendes Gift, die Leser werden eingetauscht, ihr Interesse wird konzentriert auf Nichtsachen. Sie verlieren die Perspektive, den Blick für das Ganze, für die großen Zusammenhänge. Sie werden irreführend, ohne es zu merken, werden abgelenkt von der Vertrittung ihrer unmittelbaren vitalen Interessen. Dadurch wirkt die Sensationspresse viel schädlicher, als durch eine offene Bekämpfung des Proletariats. Schon Laskalle hat deshalb gesagt:

„Unser Hauptfeind ist heute die Presse. Sie ist der gefährlichste der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Denn ihr begreift: Wenn Tausende von Zeitungsschreibern mit hunderttausend Stimmen täglich ihre lupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Einnahmehunger gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft, dem Volke einhauchen, so muß dieser Volksgeist zugrunde gehen, und wäre er noch dreimal so herrlich.“

Das beste Gegenmittel gegen die vergiftende Wirkung der bürgerlichen Sensationspresse ist die eingehende Behandlung derjenigen Fragen, die in unserer eigenen Presse die unmittelbaren Lebensinteressen des Proletariats betreffen, und für die deshalb jeder Arbeiter zu interessieren ist. Ich habe deshalb auch mit bewusster Absicht gerade während der Genuer Konferenz in der „Freiheit“ einen „Alarmruf“ gegen die drohenden Arbeiterbelohnungsgefahren veröffentlicht. Ich wollte damit der Genua-Suggestion entgegenwirken und die Arbeiter an ihre vitalen Klasseninteressen, an den täglichen Klassenkampf erinnern, den sie zu führen gezwungen sind. Das ist ja überhaupt für das Proletariat das Tragische dieser Jahre seit 1918: die Fragen der politischen Macht sind so ausschließlich in den Vordergrund des proletarischen Denkens getreten, daß die energische Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Proletariats darunter arg gelitten hat. Während die Arbeiter sich um politische Rechte und Machtfragen stritten und gegenseitig bekämpften, hat der Kapitalismus sich ganz im stillen wirtschaftlich und sozial neu geformt und steht jetzt in überragender Machtposition. Wir sind jetzt in einer Situation, wie sie Wilhelm Liebknecht schon vor fast 50 Jahren mit den Worten gekennzeichnet hat:

„Man nehme an, einem Volke würden alle politischen Freiheiten gewährt: Allgemeines gleiches Wahlrecht, Pressefreiheit usw., Vereins- und Versammlungsrecht usw., das System der kapitalistischen Produktion, der Lohnarbeit, bliebe aber bestehen — was wäre die Folge? Die Ungleichheit: Gleich der Massen und unverhältnismäßiger Reichtum einiger Weniger würden fortdauern, die arbeitende Mehrheit des Volkes wäre ökonomisch abhängig von der bestehenden Minderheit, und diese ökonomische Abhängigkeit würde alle politischen Freiheiten rein illusorisch machen, sie jedes praktischen Wertes berauben.“

Das Liebknecht hier als Beispiel erörtert, tritt heute klar zutage, wo wir weitgehende politische Freiheiten haben, der Kapitalismus aber härter dasteht denn je. Der Klassenkampf wird auf allen Gebieten schwieriger und erbitterter. Nötiger denn je brauchen wir deshalb unsere unabhängige Parteilinie, die auf den Klassenkampf eingestellt ist. Die Redaktion der „Freiheit“ wird bemüht bleiben, das Blatt auf die Kampfverordnungen des Proletariats einzustellen, es vor allem auszugestalten zum Kampforgan der USPD. Die Redaktion bedarf aber bei ihrer Arbeit der weitestgehenden Unterstützung aller Parteigenossen, die mit Eifer und Begeisterung für ihr Blatt werden und eintreten müssen. Die Parteioffiziere müssen in der nächsten Zeit ihren ganzen Apparat auf die Organisationsarbeit für die Presse einstellen. Wir alle müssen unsere Kräfte darauf konzentrieren, unser Organ des Klassenkampfes, die „Freiheit“, wieder zu seiner früheren Bedeutung zu bringen.

Das knapp und konzentriert gehaltene Referat des Genossen Dittmann fand den lebhaftesten Beifall der Funktionäre. In der Diskussion sprachen zunächst die Genossen Schöpfel, Sonnemann, Runkler, der besonders auf die von ihm in der „Freiheit“ erörterten Organisationsfragen hinwies, und ferner die Genossen Swankowski und Ritter. Die Diskussion bewegte sich im zutreffendsten Sinne zum Referat, so daß der Gen. Dittmann sich in seinem Schlusswort damit begnügen konnte, die Funktionäre nochmals zu eifriger Arbeit für das Organ der Partei aufzufordern. Der Vorsitzende, Genosse Krille, schloß die vom besten Geiste getragene Konferenz mit dem Wunsch, daß jeder Genosse seine Pflicht und Schuldigkeit tun möge, um die Arbeiterpresse im Kampf gegen die Macht des Stinneskapitals zu stärken, um den Sozialismus zum Siege zu führen.

Die Pariser Anleihe-Verhandlungen

Garantien durch die deutsche Industrie?

Gestern ist in Paris die erste Sitzung der Anleihekommission zusammengetreten. Nach den Presseberichten liegen ein Vorschlag Dr. Hermes und einer von dem englischen Kommissionsmitglied John Bradbury vor.

Dr. Hermes sagte voraus, daß Deutschland das Moratorium endgültig gewährt werde und es infolgedessen nur 750 Millionen Goldmark zu zahlen und für 1 Milliarde 750 Millionen Waren zu liefern habe. Er fordert eine Entschädigungszahlung an die früheren Besitzer der Saarbergwerke usw. Im ganzen rechnet er 25 Milliarden Papiermark heraus, die 1922 gezahlt werden müßten. Dr. Hermes glaubt nicht an die Möglichkeit, daß die Alliierten im

An unsere Postabonnenten!

Um jede Verzögerung in der Zustellung der „Freiheit“ an unsere Postbesitzer für den Monat Juni zu vermeiden, erlösen wir, das Abonnement sofort, spätestens aber bis zum 26. d. M. zu erneuern. Bestellungen nimmt jedes Postamt und jeder Briefträger entgegen. Bei verspäteter Neubestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unvermeidlich und übernimmt dann die Post keine Verantwortung.

Jahre 1922 für 1 Milliarde 750 Millionen Mark Waren aus Sachleistungen konsumieren.

Das Projekt von Bradbury enthält etwa folgende Bedingungen:

1. Garantieleistung der Industrie für die Auflegung der internationalen Anleihe;
2. Bilanzierung des Budgets in den ordentlichen Ausgaben;
3. sofortige Verminderung der Notenausgabe bis zum Stillstand der Notendrucke im Zeitraum von zwei Jahren;
4. Kontrollmöglichkeiten für die Reparationskommission bezüglich der Durchführung dieser Bedingungen.

Wie die „Dena“ erfährt, hat das Reichskabinett sich bereits mit dem Plan Bradburys beschäftigt. Ueber seine Stellungnahme dazu ist Sicheres noch nicht bekannt.

Bericht über Genua

Reichswirtschaftsminister Schmidt erhaltete Mittwoch im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags einen Bericht über die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission auf der Genuer Konferenz. Besonders ausführlich behandelte er die Lage der russischen Wirtschaft, wobei er zutreffend bemerkte, daß das westeuropäische Kapital sich an der russischen Wirtschaft nur unter rein kapitalistischen Formen beteiligen will.

20 Bände diplomatischer Akten

In einigen Tagen erscheint der erste Band diplomatischer Aktenmaterials über „die große Politik der europäischen Kabinette von 1871 bis 1914“. Das Gesamtwerk soll 20 bis 22 Bände umfassen. Es ist, wie B.T.W. mitteilt, ein Ergebnis der Öffnung der deutschen Archive.

Zum Metallarbeiterkampf

B.T.W. Nürnberg, 24. Mai.

Auch die Nürnberger Arbeiterkassette der Metallindustrie nahm den gefällten Schiedsspruch an. Die Arbeit wird am 26. Mai wieder aufgenommen.

B.T.W. Frankfurt a. M., 24. Mai.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie wurden heute zu Ende geführt. Ueber die Streikpunkte wurde eine Einigung erzielt. Vorbehaltlich der Zustimmung beider Parteien zu den getroffenen Vereinbarungen wird am Freitag in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen.

B.T.W. Karlsruhe, 24. Mai.

Gestern fanden im badischen Arbeitsministerium in der Frage des Metallarbeiterstreiks in Baden Verhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: Bezüglich der Arbeitszeit gilt das Münchener Abkommen, bezüglich der Entlohnung wird festgesetzt, daß die gelernten Arbeiter 26 bis 27 Mark die Stunde erhalten. Das Lohnabkommen bleibt bis zum 1. Juli 1922 in Geltung; der Montelarif bis zum 30. Juni 1923. Die Zustimmung der Organisationen ist vorbehalten, aber mit Sicherheit zu erwarten.

Beratungen über die Anleihe

Paris, 24. Mai.

Der von der Reparationskommission ins Leben gerufene Ausschuss zur Prüfung der Möglichkeit einer auswärtigen Anleihe Deutschlands ist heute unter dem Vorsitz Delacroix zusammengetreten.

Hermes Rückkehr

(E.P.) Paris, 24. Mai.

Die Reparationskommission hielt heute nachmittags eine offizielle Sitzung ab, um die Ergebnisse der Unterhandlungen mit Dr. Hermes zu prüfen. Hermes und die deutsche Mission haben um 7 Uhr Paris verlassen.

Regierungswechsel in Oesterreich

Wien, 24. Mai.

An der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses teilte Bundeskanzler Schöberl mit, daß die Bundesregierung mit Rücksicht auf das Abstimmungsresultat über die Frage der Kreditermächtigung beschlossen habe, dem Bundespräsidenten die Demission des Kabinetts zu unterbreiten, und daß der Bundeskanzler in Ausübung dieses Vorschlusses dem Bundespräsidenten ein entsprechendes Schreiben vorgelegt habe.

Krieg im „Frieden“

Schiffszusammenstoß in der Ostsee

Bei Sahnitz kam es in der Nacht zum 24. Mai anlässlich einer Nachtübung zu einem schweren Zusammenstoß zweier deutscher Kriegsschiffe. Es handelt sich um das Linienschiff „Hannover“ mit 726 Mann Besatzung und das Torpedoboot „S. 16“ mit 91 Mann Besatzung. Das Torpedoboot wurde am Bug schwer beschädigt. Folgende 10 Mannschaften des Torpedobootes fanden den Tod: die Torpedomatrosen Engelhardt, Schott, Voss, Sibella, Hammer, Schmidt; die Torpedobesitzer Seipelt, Gliska, Voss, Schack und Barth.

Explosionskatastrophen

Schlebusch bei Rölln, 24. Mai.

Heute mittag ereignete sich in einem Gelatinerhand der Dynamitfabrik Schlebusch eine Explosion. Die dort beschäftigten fünf Arbeiter haben bei dem Unglück den Tod gefunden. Ein Arbeiter wurde leicht verletzt.

Nürnberg, 24. Mai.

In der Nähe von Altmühl explodierte das Munitionsdépot, wobei vier Personen schwer verletzt wurden. Eine von ihnen ist inzwischen gestorben.

M. SCHULMEISTER
Kottbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-4000
Herrenschlupfer M. 1450-3000
Sport-Anzüge — Breeches

Hochwertige Sommerkleidung zu billigen Preisen!

Schlüpfer und Raglans

aus gutem und bestem Homespun, Fischgrät- und Cheviotstoffen, in geschmackvollen hellen und dunklen Farbenstellungen. Vorzügliche Verarbeitung nach neuesten Modellen, anlangend mit..... M. **900⁰⁰**

Paletots

aus marengo Cheviot in vielen, guten Qualitäten, mit erstklassigen Zusätzen, tadelloser Sitz, von... M. **1000⁰⁰**
aus covercoat, in allen Schattierungen, in Sport- und Rockform, in vollendeter Ausführung von..... M. **1650⁰⁰**
farbige Paletots, Biedermeierform, streng modern, aus besten Stoffen, in vielen Farbenstellungen... M. **1800⁰⁰**

Bozener-Mäntel

für Damen und Herren aus guten Strichloden, in Bozener- und Raglanform von..... M. **750⁰⁰**

Cutaway und Westen

aus vorzüglichen marengo und schwarzen Cheviots sowie Meltons in tadellosem Sitz und bester Ausführung von..... M. **1900⁰⁰**

Jackett-Anzüge

aus haltbaren, soliden Stoffen, mittel- und dunkelfarbig, in moderner Verarbeitung von..... M. **900⁰⁰**
aus einfachen, bis zu den besten Stoffen jeder Art, in wunderschönen, hellen, frischen Farbenstellungen, nach den neuesten Modellen verarbeitet, auch Biedermeierform, von..... M. **1800⁰⁰**

Sport-Anzüge

mit Breecheshosen aus Loden, Cheviot, Homespun, in Manchester mit Sattel und Falten, oder mit aufgesetzten Taschen, anlangend mit M. 1350,00 Hauptpreisliste..... M. **1800⁰⁰**

Hosen

jeglicher Art aus Cheviot und Kammgarn, in vielen Qualitäten, aussergewöhnlich preiswert, selbst die billigste Hose ist geschmackvoll gestreift, anlangend mit..... M. **180⁰⁰**
Sporthosen, Breechesform, aus Homespun Stoffe, Manchester pp., Preise je nach Qualität von..... M. **450⁰⁰**

Knaben-Anzüge

aus guten, farbigen Wollstoffen, in den mannigfaltigsten Fassons, Schläpfer, Sport- usw., in allen Preislagen und Größen vorrätig, Größe I von M. **250⁰⁰**
aus b'auem Cheviot und Kammgarn, in guten Qualitäten, Matrosen-, Kieler- und anderen Fassons, Größe I von M. **500⁰⁰**
Waschanzüge aus Stoffen vielfacher Art und Qualität, Größe I von M. **190⁰⁰**

Burschen-Anzüge

Jackett- und Sportform, aus haltbaren Wollstoffen, in guter Ausführung..... Größe 7 von M. **320⁰⁰**
in vorzüglicher Ausführung, mit Breecheshose, aus wundervollen gemusterten Stoffen, in bester Qualität..... Größe 7 von M. **560⁰⁰**

Jünglings-Anzüge

Jackettform aus guten Wollstoffen, in hellen und dunklen Farben, mod. verarbeitet, Größe 12 von M. **900⁰⁰**
Sportfassons mit aufgesetzten Taschen mit Breecheshose aus Homespun und Fischgrätstoffen..... Größe 12 von M. **1000⁰⁰**

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr
N. Wälfchen von Hoffmann

Neues Volkstheater
Hauptstr. 65
7 1/2 Uhr
Schaffter Aiolos

Staats-Theater
Opernhaus 6 Uhr
Margarete
Schauplätze 7 1/2 Uhr
Peer Gynt

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr
Des Esels Schatten

Kammerspiele
8 Uhr
Was hat er sich machen

Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr
Judith

Komödienhaus:
7 1/2 Uhr
Gretchen
Glasner, Roberts

Berliner Theater
7 1/2 Uhr
Madame Filz

Theater
am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr
Verliebte Leute

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr
Gasthaus zur Liebe

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr:
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung
Trianon-Theater
Moral
v. Lu. v. Thoma

Casino-Theater
7 1/2 Uhr
Der neue Schlager
Der Kette aus Afrika.

Theater des Ostens
(Haupt-Theater)
7 1/2 Uhr:
Brot und Arbeit

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr
O. beiden Nachtigallen

Theater a. Kottbus. Vor
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Elle-Sänger
u. a.: Liederspiel
Fantasie im
Ratweinkelker.
Ferner der
lust. Einakter:
„Der Schöpfer“

CIRCUS BUSCH
Nur noch kurze Zeit!
Heute Donnerstag
Himmelfahrt!
2 x 8 und
7 1/2 Uhr
Festvorstellung an
„Heber's großen Feld“
Nachm. 1 Klod frei
Am Freitag Erhebung
Weltrekord durch
Schuß 30. Mai

Sommer-Theater

Schweizer-Garten
Am Friedrichshain 29/32

Heute
Himmelfahrtstag
und täglich
extra gewähltes
Programm

Konzert / Theater
Spezialitäten
Im Saale:
Großer Ball
Vorverkauf 10 U. vorm.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefern
1 1/2 in Qualität und Proben
die dastehende

Trauringe

1 Ring, Vokat-nickel von 250,- an
1 Ring, 85% ostempol. v. 200,- an
1 Ring, 333 gestemp. l. v. 100,- an

Garantierschein für gesetzl. Goldinhalt.

D. R. G. M. Ausführlicher Katalog nach answärts gegen Rückporto.

H. Wiese, Juwelier

Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wil. enh.-Pl. Nollendorfstr.
Telephon: Norden 10 80 Telephon: Steinplatz 118 03
Handelsgerichtlich eintragungsfirma

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsgesellschaft Berlin R 54
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836

Sonntags, den 27. Mai 1922, nachmittags
3 Uhr:
Verammlung, der Hauptgruppe VI,
Untergruppen 19-20, im Reichshofhaus,
Blumenstraße 83-85 (Stuhlgasse).

Tagesordnung:
1. Rechte und Pflichten der Betriebsräte.
2. Wahl der Delegierten zur Generalver-
sammlung der Betriebsräte.
3. Gruppenangelegenheiten.

Wählung: **Auto-Repr. Betriebe**

Freitag, den 26. Mai 1922, abends 7 Uhr
Wichtige Funktionärkonferenz
im Lokal von Wanzel, Politzstraße 7.
Über Nicht-Betrieb muß ein Vertreter
entfernen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsgesellschaft Berlin

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Schloßer
Paul Wartenberg
Christianstraße 11
am 21. d. M.
Die Beerdigung findet am Montag,
den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Krematoriums, Ger-
richtstrasse, aus statt.

Der Eis-Droher
Louis Rabe
Matternstr. 14
am 28. d. M.
Die Beerdigung findet am Son-
nabend, den 27. Mai 1922, nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des Kre-
matoriums Harnschuldenweg, Kieholz-
straße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Betätigung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Pfingst-Angebot

Auf bequeme Teilzahlung
in reichster Auswahl

Gardinen

noch zu sehr billigen Preisen
Künstigerdinen, Madrasgardinen, Halb-Stores
In englischem Tüll, Erbstoff und Etamine in allen Preislagen

Tüll-Bettdecken, Tischdecken, Diwanddecken, Läuferstoffe, Gobelins

BEISER, Lothringer Str. 67

Rauchtabak

Pfund 18 Mark

Holländer . . . 20 30
Schwarz, Krausen 22 30
Bortoriko . . . 23 30
Gold schag. . . 27 30

Gr. Gumburger
Straße 1.

Gerson Wechselmann

Berlin W., Linkstr. 20. Telephon: Nollendorf 879 u. 8215.

Kakao- u. Schokoladen-Großhandlung
Generalvertreter der

Falken-Schokolade

die Auswählte unter den besten Marken.
Weiter hervorragende bekannte Marken
in größter Auswahl zu Originalfabrikpreisen.

Vorteilhafteste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer
Für jeden etwas, für alle vorteilhaft!

Heilanstalt

für inn. u. Auss. Krankheiten, Nervosität, Mag-
u. Verdauung schwäch., Müdigkeit, Angstgefühl,
Kopf- u. Rücken schmerz, Herz-, Nier-, Leber- u.
O. H. Leid., Haut-, Harn- und Frauenleiden, Syph.,
schwere, schmerzlose Behandlung.

Untersuch. u. Berat. kostenlos.

G. Andres, inv. 1912
Str. 147, I. Et.
Sprengel. 9 - 1 u. 3-5.

Sämtliche
Metalle
kauft v. Gewerbetreibenden,
Händlern u. Fabriken
Schulzendorferstr. 2

Altmetalle
kauft Chorinerstr. 12

Altmetalle
kauft hohe Preise, über-
beim Str. 1, Reinhold-
dorfer Str. 107

Mandolinen,
Guitars, Laute, Zeh-
njahrig Schmitz, Hrn.
Petersburger Str. 21, I.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Aus schneiden!

1 Exemplar der täglich einmal erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit den
Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ und „Jugend-Gemüse“
zum Preise von Mk. 42,- monatlich, Mk. 21,- halbjährlich
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
Straße: _____
St. _____
*(Name deutlich schreiben, abseits genau anzeichnen; vorz. bei S. S., Gurgel.)
Nehmen Sie teil, indem wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder
an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 89, einsenden.

Kücherbahn Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt beilegen!
Der Unterezeichnete bestellt hiermit vom

Schallplatten

ofen Gold

Für 3 alte Platten
1 neue kostenlos

und Wahl: Im Hotel zur Festung,
Friedrichstr. 107, im 1. Stock, 10. Etage.
Edle Jap.- und Saiten-Instrumente.
Cordmaschinen in all. Form. Neue Saiten.
Schallplatten, beste Preise. Ein Werkstatt
u. Reparat. Unter alten Platten 2 Stückendorf, St. 117, Sud-
str. 97, Brunnenstr. 25 (Brink), Schönehaus, Allee 120, Weiß-
see, Berliner Allee 21. Best. u. Exp.-Bret.: Michaelstr. 10.

Schweizer Musikhaus.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Ohl. Frankfurt Allee

Gegründet
1876

empfehlen zu bekannt
billigen Preisen bei
solider Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren
Genres

Küchen farb. u. naturglasiert
in allen Preislagen

Oekunkte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Billige Bücher

für Reise und Sommerfrische

Mark

Fleischer 10 Geschichten von Köfler und seinen Nach-
barn, 121 Seiten, gut karton., m. farb. Titelbild **12⁰⁰**

Gattermann Der lustige Wald. Volkserzählungen, Mär-
chen und Schwänke aus fünf Jahrhunderten. **40⁰⁰**

Stücker Zehn Jahre schwarz-gelbes Leben. Mit Zeich-
nung v. Fr. Schönpflug. Gr.-Oktav. 240 Seif.
gut gebunden mit Schutzkarton **20⁰⁰**

Scheffel Ekkehard. Eine Geschichte aus dem 10. Jahr-
hundert. 446 Seiten. Gut gebunden **30⁰⁰**

Großmann Die Gasse. Geschichten. 104 Seiten. In ge-
schmackvollem Einband **18⁰⁰**

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. 352 Seiten
gut gebunden **8⁰⁰**

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. 350 Seiten, gut
gebunden **8⁰⁰**

Wilde Das Bildnis des Dorian Grey. 360 Seiten,
gut gebunden, mit buntem Titelbild **40⁰⁰**

Arkibaschew Der Holzkloß und andere Novellen. 312 S.,
gut gebunden, mit farbigem Titelbild **30⁰⁰**

Günther Die Heilige und ihr Narr. 358 Seiten, Halb-
leinen gebunden **50⁰⁰**

Beerner Erinnerungen eines Revolutionärs. Skizzen
aus dem Jahre 1848. Zwei Bände, 656 S.
mit einer Karikatur von Berlin. Vornehm
gebunden. Mit Schutzkarton **80⁰⁰**

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2 Breitestr. 8-9

Horthy vor den Wählern

Wien, 30. Mai

Von unserm ungarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Zum zweiten Male wählt die ungarische Konterrevolution ihre Nationalversammlung. Im Februar 1920, inmitten der entsetzlichen Stürme, unter einem unaussprechlichen Terror wurde die erste „Nationalversammlung“ gewählt. Die Kandidaten und Agitatoren der sozialdemokratischen Partei wurden eingesperrt, interniert, ermordet; es war nicht möglich eine Versammlung abzuhalten, eine Flugschrift erscheinen zu lassen. Einige Tage vor der Wahl hat der Terror solche Dimensionen angenommen, daß die sozialdemokratische Partei ihre Kandidaten zurückzog und die Wahlen boykottierte. So wurde unter dem Schutze der Bajonette und Kartriermesser der „Besten Offiziere“ des Herrn Horthy die erste Nationalversammlung der Konterrevolution gewählt. Am Tage, an dem sie zusammentrat, präsentierten die besten Offiziere des Herrn Abgeordneten ein besonderes Geschenk: die beiden sozialdemokratischen Redakteure, Somogyi und Dacó wurden ermordet, skalpiert, mit ausgestochenen Augen, mit Drahtseilen verbundenen Beinen aus der Donau herausgeschleift. So betrat sie ihre Laufbahn im Zeichen des Nordens und es ist für diese Nationalversammlung nichts bezeichnender, als das, daß obwohl jedermann die Namen der Mörder, sowohl dieser, als auch anderer kennt, niemals jemand den Mut gehabt, um sie unter dem Schutze der Immunität beim Namen zu nennen, geschweige denn, ihre Bestrafung zu fordern. In der Nationalversammlung gab es gar keine Opposition, zwei große Parteigruppen beherrschten die parlamentarische Bühne: die konservative agrarische Partei und die liberale Partei. Arbeitermord, Ausrottung der Arbeiterbewegung, Vertreibung der Juden aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, ja, aus dem Lande, der Kampf gegen die „Destruktion“, wie Demokratie, Sozialismus, ja der bürgerliche Liberalismus genannt wurde, waren die Parolen, die aus dieser Versammlung ins Land hinauströnten und hinter ihr, die ja eine Marionette war, standen die blutigen Detachements, die Galgen, die Kerker, die Folterkammern der berühmtesten Hotels und über alle ihre schützende und segnende Hand ausstreckend stand die katholische, ja zum Teil auch die protestantische Kirche.

Nichts stand der siegreichen Konterrevolution im Wege, sie konnte ungehindert an die Ausrottung ihrer gefährlichsten Feinde, der Arbeiterbewegung schreiten. Jedermann, der in der Bewegung irgendeine Rolle spielte, sah im Gefängnis, hinter den Stacheldrähten der Internierungslager, wurde gemordet oder aus dem Lande vertrieben; denen nichts Ähnliches zustieß, waren unter Polizeikontrolle, durch den blutigen Terror eingeschüchtern, die Versammlungen durch die Verwaltungsbeamten, die Presse durch die Zensur unterdrückt. Die Stimmung der großen Masse, die die bolschewistische Diktatur in das Lager der Konterrevolution trieb, war gegen die Arbeiter. Die Gewerkschaften aufgelöst, ihre Gelder beschlagnahmt, ihre Lokale den Terroristen und christlichen Gewerkschaften übergeben. Die diplomatischen Vertreter der Entenmächte, vor allem die britischen Vertreter Miller Hoehler und der Admiral Traubridge, schlugen dieses System mit dem ganzen Einfluß ihrer Stellung. Es hatte wahrhaft den Anschein, daß in diesem Lande nie mehr Gras wachsen, daß es mit einer Arbeiterbewegung für immer auf ist. Dieses ganze System des Blutes und des Wahns, der Barbarei und Korruption nannte sich nun „Krisis des christlichen Aurs“.

Nun, kaum zwei Jahre sind ins Land gegangen und der christliche Aurs liegt im Sterben und die Arbeiterbewegung, obwohl die politische als auch die gewerkschaftliche Bewegung haben vor einem vielversprechenden Aufstieg. Der Zwei-

kampf zwischen der bewaffneten Konterrevolution und der wehrlosen Arbeiterschaft endete mit der Kapitulation der Konterrevolution. Was ist ihre Politik in der Arbeiterfrage?, fragte ein amerikanischer Journalist Herrn Horthy, als dieser Oberhecker an der Spitze seiner Truppen in Budapest einzog: „Ich befehle, sie gehorchen“ — war die Antwort des ungarischen Gallisten. Heute segte Horthy eine Regierung ein, die in dem Wahlkampf nur zwei Sorgen kennt: die eine ist, sich eine Majorität zu verschaffen, die andere den Terror nicht soweit zu treiben, daß die sozialdemokratische Partei sich vom Wahlkampf zurückziehe. Er ist dort angelangt, daß er ohne eine parlamentarische Vertretung der sozialdemokratischen Partei nicht weiter regieren kann. Sie haben nichts unverfugt gelassen, eine nationale oder christliche Arbeiterbewegung zu bilden: in den Dienst dieser Sache wurde die ganze Macht der Konterrevolution gestellt; die Offiziersdetachements, die Erwachenden Ungarn, die Gerichte, die Unternehmer, die Kirche, haben alles aufgegeben, eine konterrevolutionäre Arbeiterbewegung zu schaffen. Man unterdrückte nicht nur die sozialdemokratische politische Organisation, nicht nur die Gewerkschaften, man raubte den Arbeitern die Krankenkassen und legte Hand an die Genossenschaften. Der Arbeiter, der zu den Selben überging, bekam Arbeitslosigkeit, Wohnung, Lebensmittel, Prämien aller Art. Das Ergebnis: die christlichen und nationalen Arbeiterparteien haben keine tausend Mitglieder im ganzen Lande und diese ganze Politik ist bankrott. Nicht, was die ungarischen Arbeiter in diesen blutigen Jahren getan haben und noch heute tun, denn das ist noch heute, wo siebentausend Arbeiter in den Gefängnissen schmachten, wo Tausende interniert sind, Zehntausende in der Emigration leben, nicht viel, sondern der Widerstand, den sie geleistet haben, sicher ihnen einen Ehrenplatz in der Geschichte der Klassenkämpfe.

Als die erste ungarische Nationalversammlung gewählt wurde, gab es nur zwei, dem Namen nach verschiedene, aber im Grunde genommen, einheitliche bürgerliche Parteien und keine Arbeiterpartei; heute, wo die zweite Nationalversammlung gewählt wird, ist das bürgerliche Lager in 22 einander mehr oder weniger befehdende Parteien und Gruppen zerfallen und die Arbeiterschaft, obwohl in ihr sehr verschiedene Strömungen vertreten sind, steht als eine Einheit dem Feinde gegenüber da. Gewiß gibt es in Ungarn viele Kommunisten und Linksozialisten; gewiß gibt es viele Arbeiter, die mit der Führung unzufrieden sind. Aber die Leiden der Konterrevolution haben dort eine wirkliche Einheitsfront dem Feinde gegenüber hergestellt und der kommunistische und linkssozialistische Arbeiter gibt seinen Stundenlohn so gut, wie der Rechtssozialist für den gemeinsamen Wahlrechtsfonds ab und wird auf die rechtsstehenden Kandidaten der Partei abstimmen, weil heute eine andere Arbeiterpolitik in Horthungarn nur die Konterrevolution stärken würde. Nicht darauf kommt es den Arbeitern an, ob die sozialdemokratische Partei zehn oder fünfundschwanzig Mandate erringen wird, sondern daß sie überhaupt marschiert, daß sie die noch heute bis zu den Knochen bewaffnete Konterrevolution dazu gezwungen hat, die Arbeiter der Sozialdemokratie zu überlassen und dadurch schon heute den Aufbau einer mächtigen Arbeiterbewegung nicht weiter hindern kann.

Horthy und seine Regierung wollten das ganze gesellschaftliche und politische Leben den Gesetzen der Konterrevolution unterwerfen. Heute müssen sie einsehen, daß sie bei der industriellen Arbeiterschaft das Spiel verloren haben. Sie haben ein Wahlrecht zurechtgeschneitten, arbeiten mit einer Wahlgeometrie, haben ihre verschiedenen legalen und illegalen Terrororganisationen so insuliert, daß sie in den Bezirken, wo die großindustrielle Arbeiterschaft in großen Massen vorhanden ist, den Kampf gar nicht ernstlich auf-

nehmen. Greift aber die sozialdemokratische Agitation über diese Bezirke hinaus, wendet sie sich an die proletarisierten Schichten des Kleinbürgertums oder gar an die Bewohner der Dörfer, an die landwirtschaftlichen Arbeiter und die landhungrigen Zwergbauern, dann wird sie, wie ehemals, erbarmungslos niedergeschlagen. Um die Herrschaft über diese Schichten und über das Bürgertum überhaupt kämpft die Regierung Bethlen nicht mit der Sozialdemokratie, sondern mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien. Er hat sich eine sogenannte Einheitspartei, aus Großbauern, antihabsburgischen Aristokraten, aus dem besitzenden Adel, aus Ueberläufern aus allen Lagern zusammengestellt; er kämpft gegen zwei bürgerliche Fronten, erstens gegen den Habsburgischen Hofadel und die mit ihr verbundene katholische Kirche und jüdisches Kapital. Diese Partei wird geführt vom Grafen Andrássy und Apponyi. Alle diese Leute können Bethlen und Horthy nicht verzeihen, daß sie den Habsburger vertrieben haben. Es ist ein Familienzwist im konterrevolutionären Lager, wird aber, wie Familienstreitigkeiten überhaupt, mit großer Erbitterung geführt. Die andere bürgerliche Front, gegen die Bethlen zu kämpfen hat, sind die verschiedenen demokratischen und liberalen Splitter des Kleinbürgertums und der Bauernschaft. Aus ihnen könnte sich allmählich eine bürgerlich-republikanische Partei entwickeln. Ihr Führer ist der gewesene Abgeordnete Karl Ráffy. Wegen dieser Parteien richtet sich heute der härteste Regierungsterror und bei einigermassen freien Wahlen käme diese Partei als die stärkste Partei in die Nationalversammlung. Aber der Wahlviktor der Regierungspartei, der gewesene Generalstabschef Hauptmann Gömbös sorgt schon mit seinen Erwachenden Ungarn und seinen Offiziersorganisationen, daß der alte Ruf der ungarischen Wahlen sich auch diesmal bewähre, und es wird kein Mittel der Gewalt und der Korruption unversucht gelassen, um eine Mehrheit der Regierung zu verschaffen. Aber mit diesem Wahlkampf beginnt eine neue Periode der ungarischen Konterrevolution: sie ist in die Defensive gedrängt und wird von nun an unter die Kontrolle der Arbeiterschaft geraten.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, den 23. Mai

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Minuten. Der Präsident teilt mit, daß auf dem Vorschlag des Reichsrates die allgemeine Aussprache bei den Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages, des Auswärtigen Amtes und des Reichsfinanzministeriums ausgesetzt und mit der großen politischen Aussprache über die Konferenz von Genéva verbunden werden soll. Das Haus schließt sich diesem Vorschlag an.

Abg. Krell (Dem.) beantragt die mit der Staatsberatung des Reichswirtschaftsministeriums verbundene Interpellation über den Verkehr von Waren aus dem besetzten Gebiet. Der Warenverkehr wird durch die örtlichen Stellen des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr trotz des Entgegenkommens des Ministers erschwert und verteuert, wenn nicht sonar gänzlich unmöglich gemacht. Diese Maßnahmen haben wohl eine Berechtigung gegen die Schieber und Wucherer, sie wirken jedoch äußerst schädigend auf die Firmen im Rheinland. Die Handelskammern und der Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet muß ein anderes Verfahren finden, durch welches in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Interessen des besetzten Gebietes und damit die des Reiches gewahrt werden.

Wirtschaftsminister Schmidt äußert dem besetzten Gebiet das größte Entgegenkommen bezüglich der Ein- und Ausfuhr an. Alle Beschränkungen werden verschwinden, wenn die Ausfuhrstellen aufgehoben und die ganzen Waren dem Zoll unterworfen sind. Wir dürfen für immer eine ausländische Ausfuhrkontrolle unserer Produkte nicht dulden. Die Kontrollmaßnahmen waren nötig, da durch die Besetzung des

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Original autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by Wolff & Co., Berlin

(80. Fortsetzung.)

Er sah es stets gern, wenn ich über einem Buche saß, war dann besonders freundlich gegen mich, klopfte mir auf die Schulter und sagte:

„Immer lies, Junge, lies recht fleißig, es verlohnt sich der Mühe! Dumm bist du nicht, nur schade, daß du vor alten Leuten keinen Respekt hast und mit jedemmann gleich anbindest, immer Zahn um Zahn! Wohin soll eine solche Frechheit führen? Doch nur in die Arrestantenrollen! Vergiß nur das eine über dem Bücherlesen nicht: Buch bleibt Buch — das Sicherste ist der eigene Versuch! Bei den Chytsen*) war einmal ein Vorleser namens Danilo, der ging so weit, daß er alle Bücher, die alten wie die neuen, als überflüssig verwarf, auf einen Haufen packte und ins Wasser warf. Ja... das ist natürlich auch eine Dummheit. Nun verdreht ihnen dieser Alexajka, der Hundskopf, wieder die Köpfe...“

Immer häufiger erwähnte er diesen Alexajka, und eines Tages kam er bekümmert und brummig in den Laden und sagte zu dem Kommiss:

„Alexander Wassiljew ist hier in der Stadt — gestern ist er angekommen. Ich hab' ihn gesucht, gesucht und nicht gefunden. Er versteht sich! Ich will ein Weibchen hier bleiben, vielleicht guckt er herein...“

„Ich weiß von nichts, kenne ihn gar nicht,“ sagte der Kommiss unfreundlich.

„So recht!“ verzetzte der Alte und nickte mit dem Kopfe. „Für dich sind alle Menschen nur Kunden oder Verkäufer, etwas anderes kennst du nicht! Laß wenigstens ein Glas Tee holen!“

Als ich die mit siedendem Wasser gefüllte große Messingkanne zurückbrachte, fand ich im Laden Wäse vor. Der alte Lufian war da mit seinem heiteren Lächeln, und hinter der Tür, in einem dunklen Winkel,

sah ein mir Unbekannter in einem dicken Paketot und hohen Filzstiefeln, die Mütze tief in die Augen gedrückt und einen grünen Gurt um die Lenden. Sein Gesicht hatte nichts Auffallendes an sich, er machte einen stillen, bescheidenen Eindruck, wie etwa ein Handlungsdiener, der eben seine Stelle verloren hat und durch dieses Ungemach schwer bedrückt ist.

Peter Wassilitsch sagte irgendetwas in seiner scharf betonenden Weise, ohne nach dem Unbekannten hinzusehen, während dieser mit einer nervösen Bewegung seiner rechten Hand die Mütze löstete und sie dann wieder bis an die Augenbrauen herunterzog.

„Böse Quappen kummeln sich in unserem trüben Flüssen und trüben sein Wasser mehr und mehr,“ begann Peter Wassilitsch.

„So! das auf mich gehen?“ fragte der neue Gast in ruhigem Tone.

„Und wenn's auf dich ginge?“ sprach der Vorleser spitz.

„Was wirst du dann von dir sagen, Mensch?“ versetzte der andere herzlich, mit gedämpfter Stimme.

„Von mir rede ich nur mit Gott, das geht nur mich allein an...“

„Nein, Mensch, es geht auch mich an!“ sagte der neue Besucher feierlich und voll Kraft. „Rehere dein Antlitz nicht von der Wahrheit ab, verschleie ihr nicht dunkelhaft dein Auge, denn das ist eine große Sünde vor Gott und den Menschen!“

Es gefiel mir, daß er Peter Wassilitsch als „Menschen“ anredete, und seine sanfte, feierliche Stimme wirkte auf mich seltsam erregend.

„Verdamme mich nicht, ich bin nicht sündiger als du,“ fuhr er fort.

„Hört doch, wie er kocht und zischt gleich einem Esamowar!“ sagte der alte Vorleser geringschätzig, worauf der andere erwiderte:

„Nur Gott allein weiß es, was die Quellen des Heiligen Geistes am weitest trübt — vielleicht geschieht das gerade durch eure Sünde, ihr papiernen Büchermenschen! Ich habe mit Papier und Büchern nichts zu schaffen, ich bin ein einfacher, lebendiger Mensch...“

„Ich kenne deine Einfachheit, hab' genug davon gehört...“

„Ihr seid es, die die Menschen verwirren und die geraden Gedanken zerbrechen, ihr Schriftgelehrten und Pharisäer... Was hab' ich denn gesagt? Sprich!“

„Reherien hast du gesagt!“ rief Peter Wassilitsch, sein Begner aber erwiderte mit Wärme, während er die Hand vor seinem Gesichte auf und ab bewegte, als wollte er seine Worte von ihr ablesen:

„Ihr meint, es sei den Menschen schon wohlher zumute, wenn ihr sie aus einem Stalle in den andern treibt? Ich erwidere darauf: Keineswegs! Ich sage: Befreie dich, o Mensch! Was gilt dein Haus, deine Gattin und alles, was dein ist, vor dem Herrn? Mache dich frei, o Mensch, von allem, was die Tore einander würgen und morden — von Gold, Silber und jeglichem Eigentum, denn sie sind nichts als Verneinung und Unflat. Nicht auf irdischen Fluren ist die Rettung der Seele zu finden, sondern in den Tälern des Paradieses! Reißt euch von allem los, sage ich, sprengt alle Fesseln und Stricke, vernichtet das Reich dieser Welt, dieses Flechtwerk des Antichrist... Ich gehe einen geraden Pfad, ich lasse meine Seele keine Winkelzüge machen, habe kein Begehren nach dieser finsternen Welt...“

„Aber Speise und Trank und Kleidung — nach denen hast du Begehren? Das sind doch Dinge dieser Welt!“ sagte der Alte höhnisch.

Doch auch dieser Einwurf gliit an Alexander ab, er sprach immer eindringlicher weiter, und wenn er auch nicht laut sprach, so klang es doch wie heller Vorkammschall.

„Was soll dir teurer sein, o Mensch? Nur Gott allein sei dir teuer! Tritt rein von allem Erdenkumst vor ihn hin, reiß die irdischen Fesseln von deiner Seele ab, und der Herr wird schauen: du — der Einzige, Er — der Einzige! So wirst du Ihm nahekommen, dies ist der einzige Weg, der zu Ihm führt. Dies ist das Heil, das uns gewissen ward — verlaß Vater und Mutter, wirf alles von dir, selbst das Auge, das dir Kergernie gibt, reiß' aus! Tilge dich aus im Fleisch um Gottes willen und bewahre dich im Geiste, dann wird deine Seele aufflammen von Ewigkeit zu Ewigkeit...“

(Fortsetzung folgt.)

*) Seite der Geizler, die äußerlich wie Rechtsläubige leben, insgeheim jedoch Kirche, Sakramente und Geisteslichkeit verwerfen.

Rheinland eine Menge für die deutsche Volkswirtschaft... Nach dem Schlusswort des Abg. Krell ist die Besprechung der Interpellation beendet.

Abg. Brandes (U.S.P.): Der Reichswirtschaftsminister hat früher erklärt, man müsse der Rohstoffindustrie die Zustimmung zur Preiserhöhung ihrer Produkte verweigern...

In der Eisenindustrie sind die Preise im April vorigen Jahres über die Weltmarktpreise hinausgegangen.

Nach dem Gutachten von Sachleuten sind die festgesetzten Eisenpreise pro Tonne 1000 Mark höher, als durch die Verrechnungskosten und die aufgeschlagenen Normalgewinne zu verantworten sind.

Abg. Brandes (U.S.P.): Die Eisenindustrie ist die Instanz, die die Preise der Eisenindustrie festsetzen muß. Es war im vorigen Jahr ein Beschluß gefaßt worden, nach dem der Eisenwirtschaftsbund von der Festsetzung von Höchstpreisen absehen soll...

Abg. Brandes (U.S.P.): Am Donnerstag wurde als Grund für diese beantragte Änderung angegeben, die Sozialisationskommission habe sich mit allgemeinen wissenschaftlichen Gutachten beschäftigt...

Abg. Brandes (U.S.P.): Die Sozialisationskommission hat die Preise im April vorigen Jahres über die Weltmarktpreise hinausgegangen.

keine Kostensanktion auf dem nächsten Devisen der Sozialisation der Werkzeuge... haben dürfen, dann darf sich die Regierung auch nicht wundern, daß die Bergarbeiter ihr nicht dort Entschlossenheiten zeigen werden...

Abg. Brandes (U.S.P.): Die Sozialisationskommission hat die Preise im April vorigen Jahres über die Weltmarktpreise hinausgegangen.

Preussischer Landtag

Sitzung Mittwoch, den 21. Mai

Ohne Aussprache wird eine Reihe kleinerer Vorlagen den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Haushalts der Justizverwaltung.

Abgelehnt wurden u. a. die mannigfachen Anträge der U.S.P. und Kommunisten auf Verbesserung des Votzes der Gefangenen, angenommen wurden nur die Kompromissanträge des Ausschusses.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Ministeriums für

Abg. Dr. Stemmler (N.R.): Das Aufnahmefähigkeit des Hebeamtes ist in erster Linie der äußerlichen Ansehen zu danken.

Abg. Dr. Beyl (U.S.P.): Der Vorredner hat die Mitwirkung der Dinten an der sozialen Gesetzgebung anerkannt.

Es scheint uns, als wenn am Widerstand des Zentrums der weitere Ausbau der Feuerbestattung scheitert.

Bauer mit Lebensmittel... ein, Der Jückerfandl und die Zustände in der Unterebene sorgen für den Himmel.

Geradezu fürchterlich sind die Verhältnisse, die durch die Tuberkulose angerichtet werden.

Wir fordern weiter, um der Vergiftung der Jugend durch Alkohol vorzubeugen, ein

Alkoholverbot für Jugendliche.

Diese Forderung sollten alle Parteien unterschreiben. In dieser Beziehung steht die Arbeiterjugend musterhaft da.

Die Bäder und Heilquellen müssen im Interesse des Mittel- und Arbeiterstandes sozialisiert werden.

Wir fordern ferner die Sozialisierung des Arztberufes. Heute ist der Arzt zum Geschäftshaber herabgesunken.

Wir fordern also, und das verlangen wir auch vom kapitalistischen Klassenstaat, Deutung der Lebenshaltung der Arbeiter, Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen.

Hermann Engel Landsberger Str. 85, 86, 87. Morgen, Freitag und Sonnabend Aussergewöhnlich billige Pfingst-Angebote. Weisses Waschlaken, Farbige Waschlaken, Schwarze Vellblusen, Schwarze und farbige Kinder-Säckchen, etc.

Volks-Reise-Verband Geschäftsstelle: Neukölln, Münchener Straße 53. Ferien-Fahrten 1922. 30. Juli - 6. Aug., Fichtelgebirge, etc.

Herren-Garderobe Anzüge | Schlüpfer | Paletots in gediegener Arbeit. Bequemste Teilzahlung. Gebr. Kassner, Blüowstrasse 6, am Nollendorfplatz.

Kleine Anzeigen. Veräuße, Kaufgesuche, Fahräder, Arbeitsmarkt, etc. Einmalige überbillig! Die Woche Teufel... Kaufgesuche: Bücher, etc.

Groß-Berlin

Teurer Mokka

Luet Geld in euren Beutel! Vor einigen Jahren wollten die meisten Sommerlokawirte in Groß-Berlin und Umgebung das Familienkaffeehocken gänzlich abschaffen. Angeblich verdienten sie nichts dabei, hatten einen Hausen Scherereien, wurden noch vielfach an Kaffeegeldern befohlen. Der Zweck der Uebung war wohl, das Publikum zum Bestellen des vom Wirt gebrauten Kaffees zu zwingen. Dabei wurde mehr verdient.

Zunächst scheute man doch noch vor der Aufhebung einer so altehrwürdigen Berliner Sitte zurück. Sicher wären Lokale, in denen das Familienkaffeehocken abgeschafft war, von einem großen Teile der Ausflügler blüschweigend boykottiert worden. Es kam das Dekret: Keine Kanne, keine Tasse, kein Wöfel ohne Pfand! Eine größere Familie muß seitdem hundert und mehr Mark hinterlegen, ehe sie Kasse laden darf. Ein noch älteres Dekret, daß an gedeckten Kaffeetischen und in den ersten drei oder vier, meist am Wasser gelegenen Tischreihen kein von den Gästen selbst gebrauter Kaffee getrunken werden darf, blieb natürlich. Ausflüglern mit praktischem Verstand, Sparfamleitsdrang und schmalen Geldbeutel sind die minderwertigen Plätze „reserviert“. Behe dem, der dagegen vorfährt! Sofort tanzt auf Befehl der „Ober“ oder gar der Wirt höchstselbst an. „Meine Herrschaften, es tut mir leid, aber (was jetzt kommt, denkt er nur) wir haben hier zwei Klassen von Kaffeegästen...“

Mit der Zeit haben die Sommerwirte am Familienkaffeehocken wieder Geschmack gefunden. Heute wird ja am Kaffee jeder Art, auch wenn er nur die Ehre hatte, neben einer Kaffeedohne zu liegen, ein hübsches Stück Geld verdient. Selbst eine Tasse „Marke Bismarck“ ist im Gartenlokal nicht mehr unter 4-5 Papiermarkern zu haben. Di feigt am Sonntag noch der Preis... weis's Sonntag ist. So kam für diesen Sommer, unter Vorbehalt weiterer Preissteigerung nach dem Diktat der Kaffeevaluta-Obergauner G. m. b. H. ein neues gastronomisches Dekret heraus: Aufbrühen von mitgebrachtem Kaffee in der Kaffeefläche für einen halben Liter 10 Mark, für einen ganzen Liter 18 Mark! Das ist ein so schönes Mittel, die Pächter für die Kaffeefläche in die Höhe zu schrauben. Die Pächter wären mit der Hälfte Tapetengeld zufrieden, sind aber vom Bepächter abhängig.

Die Berliner werden's schon zahlen. Die sind ja nach dem Kaffeelocher ganz verrückt. Sollen froh sein, wenn wir's ihnen noch erlauben.“ Aber ein bißchen happig ist's doch. Und schließlich könnte den bei der so notwendigen sonntäglichen Erholung an allen Ecken und Enden genepten Berlinern auch mal hier der Geduldsfaden reißen. Es könnte sein, daß mal nicht mehr so viele Gäste wie gewünscht, hincinkommen, was absolut nichts Schaden könnte. Man kennt schon Beispiele und Pleiten...“

Das wahre Gesicht

Eines deutschen Pfarrers Christentum.

In unserer Sonntagsnummer brachten wir eine Notiz über den Amtübergriff des Wilmersdorfer Pfarrers im Konfirmandenunterricht mit Bezug auf die Elternbeiratswahlen.

Es dürfte nicht uninteressant sein, sich Herrn Pfarrer Schettlers Vergangenheit etwas näher anzusehen. Der Herr ist nämlich Divisionspfarrer a. D. und hat während des Krieges hinter der Front ein beim Hofbuchhändler Karl Sigismund in Berlin erschienenen Büchlein in vielen zehntausend Exemplaren verbreitet, das den schönen Titel führt:

In Gottes Namen durch!

Für die deutschen Streiter in Meer und Flotte. Wie dieses Buch triefte von „Christlichem Sinn“, dafür nur zwei Proben aus den 48 Druckseiten:

Auf Seite 18 sagt der christliche Pfarrer in einem Kapitel, überschrieben: Das walte Gott und kalt Eisen:

„Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Faust gegeben, und er soll es führen ohne Schwächlichkeit und Weichlichkeit. Der Soldat soll todschießen, soll dem Feind das Bajonett in die Rippen bohren, soll die tausende Klinge auf den Gegner schmettern, das ist

seine heilige Pflicht, ja, das ist sein Gottesdienst. Denn der ihn auf seinen Platz gestellt hat, daß er dem Guten und dem Rechte zum Siege ver helfe, das ist Gott. Wer nicht schießt, wenn er schießen sollte, handelt als ein Schurke.“

Auf Seite 20-21 desselben Kapitels heißt es:

„Es ist gewiß furchtbar, daß Menschen, die sich persönlich nicht kennen und sich nichts zuleide getan haben, einander das Leben nehmen. Das ist der Krieg. Gott hat es zugelassen, daß diese Prüfung die Menschheit trifft. Ihr habt sie nicht zu verantworten. Ihr habt nur, ein jeder an seiner Stelle, eure Waffe mit allem Nachdruck zu gebrauchen. Ihr Russen, ihr Franzosen, ihr Belgier, und vor allem, ihr englischen Kanakken, da habt ihr, was euch zukommt: kalt Eisen.“

Wer in dieser Art „Kanakken-Politik“ Christlichen Sinn verspürt, vertraue seine Kinder diesem Muster-Christen an, wer aber eine andere, ethische Auffassung vom Christlichen oder menschlichen Sinn und Ethik hat, nehme sie ihm schleunigst aus die Fingern.

Die Elternbeiratswahlen

Unchristlich-politische Machenschaften.

Der Bürgerblock, der in den Schulen der Arbeiterkinder die Herrschaft des Kapitals erhalten will, hat sich unter dem Stichwort „unpolitisch-christlich“ zusammengeschlossen. Zu den Elternbeiratswahlen fehlt es den Herrschaften nicht an Geld für Flugschriften, Handzettel usw., stehen sie doch unter dem Protektorat der heiligen Dreifaltigkeit: „Kapital, Pfaffenstum und großer Teile der Lehrerschaft.“ Unpolitisch-christlich nennt sich die schriftstellerschlechte bürgerliche Meute, aber unchristlich-politisch sind bei dem Wahlkampf ihre Machenschaften. Man ist aus den Wahlkämpfen schon viel gewöhnt, alles übertrifft aber die Vagenheit dieser Wortschreiber anlässlich der Elternbeiratswahlen am kommenden Sonntag. Als geradezu skandalös muß es bezeichnet werden, daß Lehrer und Direktoren während der Schulstunden den Kindern diese Vagenpamphlete in die Hand drücken mit der Anweisung, sie ihren Eltern zu überbringen.

Aus der Fülle greifen wir die Schule in der Raugarder Straße 5 heraus. Am Dienstag erhielten die Kinder Handzettel der „Unchristlichen“, teils von den Lehrpersonen, teils wurden die Zettel während der Pausen den Kindern auf den Platz gelegt. Kindern, die vom Religionsunterricht befreit sind, wurde verboten, solche Zettel mitzunehmen. Daß diese Handzettel neben Heuchelei offene Lügen enthalten, braucht nicht besonders betont zu werden, denn diese Sorte Christen kann nichts so gut wie gerade schwindeln. Bezeichnend ist es aber, daß gerade in der Schule des Direktors Ribbe diese Lügenabrisse von augenverdrehenden „Christen“ verteilt wurden, dem Herrn, der in den Elternversammlungen von Religion triefte und den Standpunkt vertrat, nur Gutes würde er in die Herzen der Mädchen säen. Die das „Gute“ in der Praxis ausübt, dafür wurde nun ein durchschlagender Beweis geliefert.

Die sozialistischen Eltern werden sich diese Machenschaften keineswegs gefallen lassen, sie berufen deswegen für Freitag, abends 8 Uhr, eine öffentliche Elternversammlung nach dem Hermannsheim, Verlängerung Garmen-Engel-Straße, ein. Alle Genossen sind verpflichtet, zu der Versammlung pünktlich zu erscheinen. Das ist um so notwendiger, als es gilt, Stellung zu nehmen zu dem Skandal, daß die Kinder der 306. und 307. Gemeindefschule auch weiterhin in den ungesunden und menschenunwürdigen Räumen des Wohnhauses Raugarder Straße 5 verbleiben sollen, während die

neue Schule in der Mandelstraße für bessere als Proletarierkinder reserviert bleiben soll. Genossen, auf zum Protest! Propagiert für die Wahlen und für diese Versammlung!

Das Wahlgeheimnis der Elternbeiratswahlen.

Entsprechend dem Beschluß der Stadtverordneten teilte der Magistrat Berlin jetzt mit, daß zur Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den am nächsten Sonntag stattfindenden Elternbeiratswahlen in Groß-Berlin die amtlichen Wahlumschläge zu benutzen sind. Sie werden den Schülern von den zuständigen Bezirksämtern geliefert werden. — Jeder Wahlberechtigte prüfe daher genau, ob er nicht nur den richtigen Stimmzettel, sondern auch einen amtlichen Wahlumschlag abgibt.

Versammlungen

Donnerstag, den 26. Mai.

12. Verwaltungsbezirk. Die Vertrauensleute der Schulen und Orte holen die Handzettel heute früh 10 Uhr beim Genossen Dermes, Schützenwaldstr. 13, vt., ab. Die Verteilung erfolgt Freitag und Sonnabend vorm. vor den einzelnen Schulen durch mindestens je zwei Genossinnen.

Freitag, den 26. Mai.

1. Verwaltungsbezirk. (Berlin-Mitte) abends 7 1/2 Uhr große öffentliche Wahlversammlung aller drei sozialistischen Parteien in der Schulaula der 120. Gemeindefschule, Gartenstraße 107 a. In Betracht kommen die 120. und die 124. Schule. Thema: Die Elternbeiratswahlen.

1. Verwaltungsbezirk: Zentralwahllokal: Restaurant Schula, Elisabethstr. 30 (Tel.: Köpenickstadt 1978). Gruppe A: Wahllokal Restaurant Schmuck, Pinienustr. 194. Hierzu gehören die 1., 45., 8., 63., 146., 180., 170. und 26. Schule. Gruppe B: Wahllokal Lohau, Neue Jakobstr. 26. Hierzu gehören die 2., 9., 62., 123. und 120. Schule. Gruppe C: Wahllokal Dietrich, Marxhausstr. 23. Hierzu gehören die 1. (für schwache Kinder), 5. Hiltfischschule, die 9., 11., 24., 60. und 64. Schule. Gruppe D: Wahllokal: Dobrotom Ewinemündener Straße 11. Hierzu gehören die 11. Hiltfischschule, die 13., 25., 36., 67., 89., 96., 108., 120., 124., 153. und 154. Schule.

5. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr. Große öffentliche Elternversammlungen. Schulaula Rigauer Straße 82. Thema: „In letzter Stunde“.

15. Verwaltungsbezirk. Abteilung Niederschöneweide. Öffentliche Elternversammlung. Schulaula, Berliner Str. Referent: Genosse Bergmann. Thema: „Die Elternbeiratswahlen.“ Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Wahlansatz der SPD., USPD. und KPD.

8. Distrikt. (Mitte). Abends 7 Uhr Elternversammlung in der Schulaula Berarstr. 58.

18. Distrikt Kreuzberg. 7 Uhr. Öffentliche Elternversammlung in der Aula Alte Jakobstr. 127 für die Schulen Wasserhorststraße, Stallschreiberstraße, Wilhelmstraße, Alte Jakobstraße. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

19. Distrikt. Abends 7 Uhr. Victoria-Aula, Belle-Alliance-Straße 22, allgemeine Elternversammlung.

20. Distrikt. Abends 7 1/2 Uhr. Öffentliche Elternversammlung aller drei sozial. Parteien. Aula, Manicuffstr. 7. Thema: Elternbeiratswahlen und Proletariat. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, auch bereit, die keine Kinder in der Schule haben, zu erscheinen!

Elternversammlung am Sophien-Platz am Weinmeisterstraße. Abends 7 1/2 Uhr findet im Anschluss an die offizielle Versammlung ein Referat des Genossen Rektor Lindhork aus Wittenau statt. Es ist Pflicht aller Eltern, die für die freibeitliche Liste stimmen, zu erscheinen.

Elternversammlungen: Rantauellstr. 7, Schulaula, Referent: Lehrer Riedl. Gartenstr. 107 a. Schulaula, Referent: Rektor Jiegert. Schwedter Str. 23, Schulaula, Referent: Lehrer Schimid. Ruppiner Str. am Arkonaplatz, Schulaula, Referent: S. A. Dermes, Alte Jakobstr. 127, Schulaula, Referent: Stadtrat Menz.

Pankow, Schule, Kaiser-Friedrich-Str., Referent: Schulinspektor Ulrich.

Treptow, Schule, Wildenbruchstraße, Referent: Landtags-Abg. Rektor Pola.

Treptow, Abends 7 1/2 Uhr. Öffentliche Elternwähler-Versammlung im Zeichenaal der Schule Wildenbruchstraße Ecke Gracchstraße.

Tegel, Humboldtschule, Referent: Lehrer Meiser.

Britz, Lokal von Naddag, Chausseestr. 38, Referent: Stadtrat Anna Siemien.

Reinickendorf, Gemeindefschule Lette-Allee, Referent: Lehrer Hädicke.

Wilmersdorf, 1. Gemeindefschule Gieseler-Ecke Bogenerstraße, Referent: Lehrer Woivod.

Die öffentlichen Elternversammlungen beginnen abends 7 1/2 Uhr. Wähler der vereinigten Liste SPD., USPD. und KPD. für weltliche Einheits- und Arbeitsschule erscheint alle zu diesen Versammlungen.

USPD.

Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder!

Am Freitag, den 26. Mai, abends 6 1/2 Uhr,

spricht im Berliner Rathaus

Eingang Köpenickstraße (Plenarungslokal)

Medizinalrat Rabenow

über:

Das Gesundheitswesen der Stadt Berlin

Pünktliche Anwesenheit oben Genannter sehr erwünscht.

Billige Pfingstangebote

Kinder-Schnürstiefel
schwarz oder Chocrot, sehr
bequeme und sehr rationelle
Form. Aussergewöhnlich
preiswert... Größe 18-22

Kinder-Spangenschuhe
prima Kindbox und Chrom-
leder in guter Ausfertigung.
Aussergewöhnlich preiswert.
Größe 31-35 82,50, Größe 27-30

Kinder-Turnschuhe
grau und schwarz Segeltuch,
mit prima Gummisohlen.
Daneben praktisch a. preisw.
Größe 31-35 85,00, Größe 27-30

Kinder-Halbschuhe
in weißem Leinwand, 2. Ordnung,
Verarbeit. best. Form, erstkl.
Verarbeit. Größe 31-35 149,00,
Größe 27-30 129,00, 25-30 119,00, 23-24

Kinder-Schnürstiefel
in weißem Leinwand, mit ja-
stark Lederohle, erstkl. Ver-
arbeit. Gr. 31-35 124,00, 27-30

Segeltuch-Schnürschuhe
mit angegoßener Gummisohle, für Sport und
andere Zwecke geeignet, in Braun, Schwarz,
Grau und Weiss. Seltens Golegen-
heit, spottbillig. Gr. 44-47 138,00,
34-43 113,00, 29-35 88,00, 20-28

Damen-Halbschuhe
braun oder Schwarz, Paump, kurze mod. Form,
m. klein. Ledersohle, eleg. Abs. Bow. Vorrat

Damen-Halbschuhe
braun oder Schwarz, mit Lasche a. Rinselo-
wie 2 Knöpfen, extra leichte, eleg. Verarbeit.

Rindleder-Sandalen
genarbt, durchgeh., starke Ledere, u. Absatz-
fleck, vorz. Qual., extra bill. Gr. 43-46 245,00,
39-40 225,00, 36-38 198,00, 34-35
175,00, 31-33 159,00, 29-30 139,00,
27-28 129,00, 25-26 119,00, 23-24

Herrn-Schnürstiefel
prima Kindbox, mit Besatz u. Durbschnitt,
sehr eleg. mod. Form. Aussergewöhnlich billig

Herrn-Halbschuhe
braun oder Schwarz, elegante, bequeme Form,
mit Durbschnitt, Original Goodyear-Weil

Damen-Leinenschuhe
weiß, mit Spang, stark
Strammemohle, Lederab-
satz, kurze moderne Form,
Aussergewöhnlich billig

Damen-Halbschuhe
Lesting, Zug- und Schnür-
schuh, mit Lederohle,
kappe, starken Lederohle
und Absatz. Sehr preiswert

Damen-Leinenschuhe
s. schärfen und mit Spang,
in den elegantest. modernen
Formen und Absatz.
Aussergewöhnlich billig

Damen-Leinenschuhe
prima weiß Leinwand, zum
behörden, auch mit Spang,
die all-runden und mo-
dernsten Formen u. Absatz

Damen-Tennisschuhe
prima r. r. Leinwand, mit ja-
Chromlederohle, sehr be-
queme Form, ganz besonders
billig. Solange Vorrat....

Stiller

Berlin-Buchholz. Abends 8 Uhr bei Kerehne, Berliner Straße 39 Ostermversammlung.

Flugblattverbreitung.

Freitag, den 26. Mai.

9. Verm.-Bezirk Wilmersdorf, abends 8 Uhr, für die 1. Gemeindefschule bei Irmgard, Gieseler- Ecke Wegenerstraße, 2. Gemeindefschule, bei Gängel, Katharinen- Ecke Heilbronner Straße, 3. Gemeindefschule, bei Schramm, Hohenzollern-damm 2, 4. Gemeindefschule, bei Stein, Koblenzer- Ecke Main-auer Straße, 5. Gemeindefschule bei Andreas, Pfalzburger- Ecke Gängelstraße, 6. Gemeindefschule, bei Jonas, Durlacher- Ecke Brunstaler Straße.

Gegen die Schulreaktion

Die Bunkelkundgebung, zu der die Sozialistische Proletarierjugend, die SPD. und der kommunistische Studentendbund am letzten Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses anwesend waren, gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung gegen das Feind- und Ruderium. Dr. Kawerau zeigte in groß angelegtem Referat das Elend unserer Schule. Noch immer haben wir die Klassenschule, die der herrschenden Klasse als Mittel zur Niederhaltung des aufwärtsstrebenden Proletariats dient. Dr. Wyncken ist ein Opfer dieses Nacht-lampes geworden und in das Gefängnis gewandert, weil er sich der herrschenden Scheinmoral unserer bürgerlichen Gesellschaft nicht beugen wollte. Dr. Kawerau faßte im Schlußwort den Inhalt seiner Ausführungen dahin zusammen, daß jetzt die Jugend und die erwachsene Arbeiterschaft zusammenstehen müsse, um den Kampf für die Schule und für eine neue Kultur aufzunehmen. In der Diskussion sprachen u. a. Wittvogel vom kommunistischen Studentenbund und Jungelcher Lange. Eine Resolution, die sich gegen die reaktionäre Schulpolitik wendet, fand einstimmige Annahme.

Die Arbeiter-Jugend (SPD.) hatte eine Beteiligung an der Kundgebung mit der Beteiligung abgelehnt, daß sie sich nicht an einer politischen Demonstration beteiligen wolle.

Schützt die öffentlichen Anlagen

Unter Berücksichtigung der allgemein erheblich ver-teuerten Jahrspreise werden sich zahlreiche Familien mehr denn je darauf beschränken müssen, an Stelle der in den Außenbezirken oder jenseits der Berliner Reichslandgrenze gelegenen größeren Freizeitanlagen, die von der Stadtgemeinde künstlich angelegten Schmuckplätze und sonstigen gärtnerischen Anlagen für ihren täglichen Erholungsurlaub zu wählen. Diese Plätze werden hiernach in den kommen-den Wochen und Monaten eine weit stärkere Inanspruch-nahme aufzuweisen haben, wie gewöhnlich. Infolge der großen Finanznot, in der sich die Stadtgemeinde zurzeit befindet, ist es leider nicht möglich, die gärtnerischen An-lagen wie in früherem Umfange mit zeitweilig auszu-wechselnden Blumen und sonstigen teuren Gewächsen aus-zustatten. Vielmehr wird die gärtnerische Ausgestaltung allgemein auf möglichst einfache Art bei gleichzeitig prakti-scher Wahl der Blumenarten erfolgen müssen. Da auch die evtl. Ersatzbeschaffung von Pflanzen usw. und die dauernde pflegliche Instandhaltung aller Anlagen mit Rück-sicht auf die beschränkten Mittel vielfach auf Schwierigkeiten stößt, so gilt es in diesem Jahre ganz besonders, den sich zurzeit entwickelnden prächtigen Baum- und Blüten-schmuck unverfehrt zu erhalten und denjenigen Personen, die durch Abbrechen von Blütenzweigen, Stehlen von Pflanzen usw. eine Schädigung des Allgemeinguts verursachen, das Hand-werk zu legen. Gegen alle zur Anzeige gebrachten Frevel

wird nach wie vor unnahezu einmütig eingeschritten werden. Ein nicht unerheblicher Teil der Beschädigungen ist aber ferner auf die in den Anlagen frei umherlaufenden Hunde zurückzuführen, die daselbst nach den gemachten Beobach-tungen vielfach geradezu verheerende Verwüstungen an-richten. Es wird deshalb vor allem den Hundebesitzern dringend nahegelegt, darauf zu achten, daß die Tiere nicht frei in den Garten- und Parkanlagen umherstreifen.

Eine eindringliche wiederholte Ermahnung der Kinder seitens der Eltern und Lehrpersonen dürfte gleichfalls für die Schonung der Anpflanzungen von nicht zu unterschätzen-der Bedeutung sein.

Feuerunfallausfälle für 1923 an Kriegsbeschädigte und Kriegsinvaliden. Die Fürsorgestelle für Kriegsbe-schädigte und Hinterbliebene in Neudöhu gibt bekannt, daß die Feuerunfallausfälle für Monat Juni nicht durch die Post ausgehandelt werden, sondern daß die Auszahlung in den Büros der Fürsorgestelle in den letzten Tagen des Mai und den ersten Tagen des Monats Juni erfolgen. In welcher Reihenfolge die Empfangsberechtigten abge-fertigt werden, ergibt sich aus den an den Anschlag-säulen veröffentlichten Bekanntmachungen, auf die wir besonders aufmerksam machen. Während der Abholung der Feuerunfallausfälle wird eine anderweitige Abfertigung nur in dringenden Fällen, wie Krankenhausaufnahme, Beerdig-ungen, ärztliche Verordnungen usw. erfolgen. Wer von den Empfangsberechtigten an den festgesetzten Tagen nicht er-scheint, hat bei späterem Erscheinen mit Weiterungen zu rechnen.

Aus der Bezirksversammlung Prenzlauer Bern. Die Rasenflächen in den Straßenanlagen und Parkanlagen sollen wieder herzustellen werden, ebenso sollen die Straßenschilder, die sich in einem sehr schlechten Zustande befinden, erneuert werden. Die Versammlung stimmte einer Vorlage Genod zu, nach der 3 planmäßige besetzte Stellen für soziale Kräfte im Bezirksjugendamt geschaffen werden sollen. Ein Antrag der Kommunisten, wegen der Vorkänge in der Verber-beriammlung des deutschen nationalen Bismarckjugendbundes Gruppe Scharnhorst führte zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Der Bismarckbund hatte am 24. April nach der Schule in der Senefelder Straße zu einer öffentlichen Verberberiammlung ein-geladen, an der auch Jugendgruppen aller drei sozialistischen Parteien teilgenommen haben. Im Verlauf dieser Ver-sammlung kam es zu Zusammenstößen, anlässlich der sich die Deutschenationalen mit Gummiknüppeln und Revolvern be-tätigten. Tags darauf hat die Schulverwaltung im Auf-trage der Schuldeputation den drei sozialistischen Jugend-gruppen das Betreten der Schulräume verboten; die Bismarckbündler blieben unbehelligt. Der Antrag verlangt sofortige Aufhebung dieses Beschlusses. — Der deut-schnationale Bezirksverordnete Grabert versuchte es so dar-zustellen, als ob die Schuldeputation nicht die deutschnationale, sondern die sozialistische Jugend sei. Er ist sehr unzufrieden mit der Schupo, die ihm zu milde vor — nicht etwa gegen die deutschnationale Jugend, sondern gegen die sozialistische Jugend. Er behauptete, es würde sehr bald dahin kommen, daß es niemand mehr wagen würde, eine deutschnationale Versammlung zu führen. Von den sozialistischen und kommunistischen Rednern wurde dem Herrn das nötige gesagt. Unser Genosse Kermes stellte fest, daß die Versammlung öffentlich war und der sozialisti-schen Jugend auch der Zutritt nicht verweigert wurde. Aber die Versammlungsleitung provozierte und dann trat der Saalbesuch mit Gummiknüppeln und ähnlichen Geisteswaffen in Tätigkeit. Es sei überhaupt schon eine Provokation, in einem Arbeiterviertel für nationalistische Ideen werden zu wollen und in Zukunft würden die Provokateure die So-zialisten immer ausschließen können. Der Antrag

wurde mit allen sozialistischen, kommunistischen und demo-kratischen Stimmen gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen und Volkspartei angenommen.

Jugendvorstellung im Staatlichen Opernhaus, Berlin. Das Neudöhuer Bezirksjugendamt veranstaltet am Freitag, 26. Mai 1923, nachmittags 2 1/2 Uhr im Staatlichen Opern-haus, Berlin, eine Jugendvorstellung. Zur Aufführung ge-langt Dumperdingas Märchenoper „Hänsel und Gretel“ und das Ballet „Die Puppenfee“ von Josef Bayer in erstklassiger Besetzung. An dieser Vorstellung werden auch Karten für Erwachsene zum Preise von 31.— M. (2. Rana) und 51.— M. (1. Rana und Parkett) abgegeben. Wir weisen ganz beson-ders darauf hin, daß diese Preise nur einen Bruchteil der sonst üblichen Kassenspreise betragen. Die Eintrittskarten für Kinder zum Preise von 7.— M. sind im Rathsaule, 2 Treppen, Zimmer 278, die für Erwachsene in der Theater-kasse von Babina, hier, Verstr. 43, erhältlich.

Abermalige Erhöhung des Milchpreises. Ab 1. Juni er-fährt der Milchpreis eine abermalige Erhöhung und zwar kostet von diesem Zeitpunkt ab die Kartennmilch 6 M., die Freimilch 10 M. pro Liter.

Ein Lehrgang für Obst- und Gemüseverwertung findet vom 12. bis 17. Juni an der Höheren Gärtnerlehranstalt Zooderhandelt. Anmeldungen sind an den Direktor der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem zu richten.

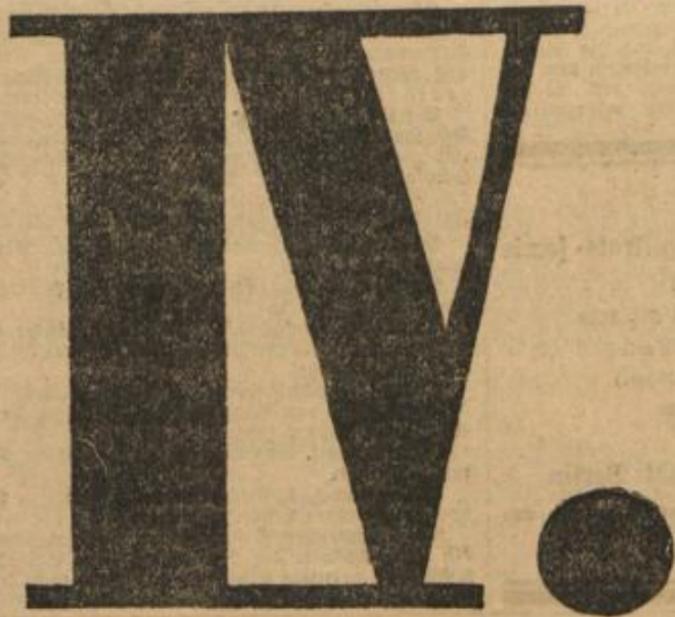
Das Freibad Teuel, an der Scharlenderauer Enae des Teueler Sees gelegen, eröffnet den Betrieb am heutigen Sonntag, 27. Mai. Das Freibad ist bekanntlich im vorläufigen Sommer bedeutend erweitert worden und gestattet auch bei starkem Andrang jedem Besucher reichliche Be-weganngsfreiheit. Das Freibad dürfte infolge seiner schönen Lage auch in diesem Jahre wieder eine große Anziehungskraft ausüben, zumal es jetzt mit der Straßenbahn (Linie 25: Charlottenstraße—Teuelort) bequem zu erreichen ist. Die Besucher fahren bis zur Haltestelle Dabicht und gelangen von dort auf herrlichem Waldwege in 10 Minuten zum Frei-bad. Wer den Wasserweg vorzieht, hat von Teuel aus be-quemere Radwegenarbeit. Die Eintrittspreise betragen 1 M. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder (Schulen unter 14 Jahren 10 Pf. je Kind).

Der erste Fischlaich. Vorgestern nachmittag erlitt der 32 Jahre alte Paul Janowsky aus der Veteranenstraße vor dem Hause Friedrichstr. 135 einen Fischlaich und brach be-stimmungslos zusammen. Auf der Rettungsstelle in der Siegel-strasse leistete man ihm die erste Hilfe.

Haubüberfall auf eine Witwe. Die 26 Jahre alte Witwe Frau Frida Reihner aus Pantow wurde gestern abend gegen 10 1/2 Uhr auf einem Spaziergange in der Pfelstraße in Pantow von einem unerkannt gebliebenen Manne über-fallen und ihrer Brieftasche mit 135 M. Geld, mehreren Schlüsseln und andern Gegenständen beraubt. Der Täter entkam im Dunkel einer Nebenstraße.

Selbstmord in der Badewanne. In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr hat die 44 Jahre alte unverehelichte Elly R. in ihrer Wohnung in der Rantensackstraße in Nisch-terfelde Selbstmord begangen, indem sie sich in ihrer Bade-wanne ertränkte. Die Bedauernswerte litt an seelischen Depressionen und dürfte in einem Anfall von Schwermut die Tat verübt haben.

Kukirol
beseitigt schnell sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut Schwielen Warzen
In Apotheken & Drogerien erhältlich.



Sie ist unaufbringlich.
Man spürt gleich den Kern,
den Inhalt.

**Massary-Delft, edel
wie der Name.**

Für 50 Mark
wöchentlich erhalten
Sie bei kl. Anzahl-
ein- Möbel jeder
zeln- Art
sowie Ausstattungs-
stücke von Gardi-
anen, Bettdecken,
Gartentische für
wöchentlich
20 Mark
Zandorfer Str. 53
Barthe!

**Der Mord
an
Liebknecht
und
Luxemburg**
Mit Portraits
der Ermordeten und
Bildern der Ange-
klagten
Preis 12.— M.
Nachhandlung
„Freiheit“
C. 2, Belle Str. 8-9



**25000 Wort
für ein Wort
oder einen Satz
Näheres gratis
Potsdamerstraße
134a**

Lohmann-Kneifer
in der alleinigen Verkaufsstelle Groß-Berlins
Potsdamer Str. 134a
Man verlange Prospekt 7 kostenfrei.

**LEO TROTZKI
Zwischen
Imperialismus
u. Revolution**
Die Grundfragen der Revolution
an dem Einzelbeispiel Georgiens
Aus dem Tabak: Mythos und Wirk-
lichkeit / „Strikate Neutralität“ /
Georgien und Wrangel / Die geo-
graphische Grundlage als politischer
Typus / Demokratie und Sowjet-
system / Das Recht der nationalen
Selbstbestimmung und die prole-
tarische Revolution. Preis geb.
Mk. 48.— brosch. Mk. 35.— Orga-
geb. Mk. 30.— brosch. Mk. 20.—
**VERLAG
CARL HOYM MACHF.
LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8**

Metzner
Kinderwagen & Wickeltische

Andreasstr. 23
— am Platz —
Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67
Leipzigstr. 54
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 244

**Zeltinger & Co. Platin-, Gold-
u. Silber-, Qu.-Käse-, Stanzpapier-
Zinn- & Glührumpfsche kauft zu hohen
Preisen Edelmetall-Eisenerz, Weichstein, etc.**
Überall in Zigarrengeschäften erhältlich
echte Kapitän-Kautabak
Zerleinlage (Hollen, Schellen, Slagen, Twist)
Verkaufsstellen durch
Carl Böcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kpt. 2007)

Gewerkschaftliches

Zum Kampf in der süddeutschen Metallindustrie

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vom 11. d. Mts. beschäftigt sich an erster Stelle mit dem Kampf in der Metallindustrie Süddeutschlands. Sie befreit sich zunächst, daß die Unternehmer den freien Samstag-Nachmittag aufheben wollen. Man könne doch, meint das Arbeitgeberorgan, die Frage so regeln, daß jeden Tag 20 Minuten mehr gearbeitet wird als bisher. Dann hätten die Unternehmer ihr Ziel, die 48-Stundenwoche, erreicht und auch die Arbeiter den freien Sonnabend-Nachmittag erhalten! In demselben Atemzuge versichert aber die „Arbeitgeberzeitung“, daß die Unternehmer gar nicht daran denken, etwa den gesetzlichen Achtstundentag zu durchbrechen. Nach dieser sonderbaren Logik ist also das Ziel der Arbeiter, jeden Tag 8 1/2 Stunden arbeiten zu lassen, um den Achtstundentag zu erhalten!

Uebrigens erzählt die „Arbeitgeber-Zeitung“, daß der Reichsarbeitsminister Brauns bei den späteren Verhandlungen — nach dem Frankfurter Vergleichsvorschlag aus — „ausdrücklich erklärt habe, daß die Reichsregierung und auch er persönlich der Auffassung seien“, daß der Kampf der süddeutschen Metallindustriellen gegen die Arbeiterhaft völlig berechtigt sei, da auch die Reichsregierung meint, „daß die 48-Stundenwoche durchgeführt werden müsse“. Es wird dem Reichsarbeitsminister der Vorwurf gemacht, daß er später in Heidelberg bei den Verhandlungen wieder den Gewerkschaften nachgegeben habe. Es wäre gut, wenn zu dieser Beratung der Arbeitgeber auf die Reichsregierung eine Aufklärung erfolgte.

Nochmals die „Abwürgung“ des Stettiner Werftarbeiter-Kampfes

Genosse Toth schreibt uns erneut:

Auf meine Erklärung in Nr. 218 tritt die „Note Fahne“ in Nr. 219 durch ihren „Berichtshatter“ den Rückzug an. Gleichzeitig wird versucht, diesen Rückzug durch neue Sägen zu decken. In Nr. 227 der „Note Fahne“ wird positiv behauptet, daß ich in der Versammlung den Streik abgewehrt hätte durch die Drohung, der Vorstand werde keine Streikelder zahlen. In Nr. 234 wird behauptet, daß ich in der Versammlung zwischen Arbeitern und Unternehmern erklärt habe, „der Hauptvorkand wird seine Dank ausdrücken“. Demgegenüber muß ich folgendes feststellen: Weder in Gegenwart der Arbeitgeber, noch an anderer Stelle ist eine solche Äußerung von mir gebraucht worden. Neben Drow, Honka und Kuhn, welche die „N. F.“ als Seneca anführt, werden alle Arbeitervertreter das bekämpfen müssen. Nichts ist, daß nachdem die Arbeitgeber die acht Punkte fallen ließen, die Arbeitervertreter sich zur Beratung zurückzogen. Die kommunikativen Vertreter erklärten bei dieser Ausdrücke, nicht gegen die Arbeitsaufnahme sprechen zu wollen. Ausdrücklich wurden von mir die kommunikativen Kollegen besonders befragt, ob sie noch andere Vorschläge machen könnten. Das wurde verneint. Bei diesen Beratungen habe ich erklärt: „Beschränkt die Belegschaft, nachdem dieselbe die acht Punkte nicht zu unterschreiben braucht, weiter die Arbeitsaufnahme zu verweigern, so ist meine Mission vorläufig erledigt. Zunächst müßte ich dem Vorstand Bericht erstatten und dessen Entscheidung abwarten.“ Kein Wort von „Dank ausdrücken“ oder Verweigerung der Streikelder. Durch Telegramm, Bildzettel an den Vorstand wurde Beweis geführt, daß ich alles getan habe, den Kollegen die Streikunterstützung zu sichern. Wie einmütig die Arbeitervertretung über die Grundlage der Arbeitsaufnahme war, möge folgender Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll bezeugen:

„Als Ergebnis der Verhandlungen wird folgendes festgesetzt: Es herrscht Uebereinstimmung der Anwesenden über folgende zwei Punkte: 1. Grundlage für die Wieder-einstellung der Arbeiter, soweit sie erfolgt, bildet die bisherige Arbeitsordnung, der Tarifvertrag und das Betriebs-rätegesetz. 2. Durch die heutige Vereinbarung und die Wieder-einstellung werden die Ansprüche, die die Arbeiter aus der Entscheidung des Schlichtungsausschusses vom 8. Mai 1923 ableiten, nicht berührt.“

Besonders schwer soll ich nunmehr belastet sein durch folgende protokolllarische Erklärung: „Soweit die Punkte 1. bis 8. mit den Grundätzen der Arbeitsordnung, des Tarif-

vertrages und des Betriebsrätengesetzes in Einklang stehen, wird die Arbeitervertretung dafür sorgen, daß nach ihnen verfahren wird.“

Schon der Vergleich mit der unter 1 und 2 in Uebereinstimmung festgelegten Grundlage zwecks Wiedereinstellung der Arbeiter, zeigt, in welcher Verlegenheit sich der „Berichtshatter“ der „N. F.“ befindet. Die Unternehmer hielten zunächst bei den Verhandlungen daran fest, daß die acht Punkte von jedem einzelnen Arbeiter der Belegschaft unterschrieben werden müßten. Sie fügten sich hauptsächlich darauf, daß der Betriebsrat in der Vergangenheit seine Pflicht und Schuldigkeit nicht getan hätte. Das Gegenteil wurde bewiesen durch den Hinweis, daß der Betriebsrat stets nach der Arbeitsordnung, dem Tarifvertrag und dem Betriebs-rätegesetz verfahren ist. Entweder kennt der „Berichtshatter“ der „N. F.“ die acht Punkte nicht, oder derselbe will bewußt die Öffentlichkeit belügen, wenn er schreibt, „er (Toth) war auch bereit, die Unternehmerforderungen zu schlucken“, sonst müßte er wissen, daß einzelne Punkte mit der Arbeitsordnung, dem Tarifvertrag und dem Betriebs-rätegesetz in Einklang stehen. Soweit diese Punkte jedoch über diese Grundlage der Arbeit des bisherigen Arbeitsverhältnisses hinausgehen, haben wir sie abgelehnt. Dies besagt die Erklärung und wird jeder Betriebsrat auch auf dem Vullan in Zukunft danach verfahren können. Ich habe nichts abzuleugnen. Die geistige Beschaffenheit des „Berichtshatters“ der „N. F.“ mag genügend damit gekennzeichnet sein.

Damit kann diese Angelegenheit für mich erledigt sein, außer es sei denn, daß der „Berichtshatter“ der „N. F.“ den Mut besitzt, mit seinem Namen für seine Behauptungen einzutreten.

Damit wollen auch wir diese Angelegenheit abschließen. Den täglichen Verdrehungen der „Note Fahne“ entgegenzutreten, ist sowieso unmöglich und bedeutet eine Raumverschwendung, die sich ein nicht subsidiertes Blatt nicht leisten kann.

Verbandstag der Polizeibeamten

Den 7. Verbandstag eröffnete Dienstag der Verband der Polizeibeamten Preussens in Berlin, in der Bodrauerstr. der 38575 aktive Mitglieder zählt. Ueber die Grundrechte der Beamten nach der Reichsverfassung referierte Dr. Falk. Schrader erstattete den Jahresbericht. Schamweiser Schenk und Schriftführer Pohlmann erläuterten ihre Resportgeschäfte. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und ihm der Dank für seine Arbeit ausgesprochen.

Bundestag der Techniker

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet durch ein Referat Heinges, der den Vorstand möglichst aus Berliner Mitgliedern zusammengesetzt sehen will und weitgehende Vollmachten für den Vorstand forderte. Bei dringenden Situationen sei es nicht möglich, den Vorstand rasch zusammenzubringen. Der Redner brachte einen Antrag ein, der die Rechte des Bundesauschusses als Ueberwachungsorgan einschränkt.

Der Vorsitzende des Bundesauschusses, Klotzermann, wandte sich gegen diesen Antrag und kritisierte die Taktik des BDT. Er hält des weiteren eine Erüberung des BDT, von den eingeleiteten Bürokraten für dringend erforderlich.

Die vorliegenden Anträge und Entschlüsse zur Verfassungfrage wurden dann dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Nach den Kommissionsberatungen trat das Plenum nochmals referentiell zusammen, um zur Vorschlagsliste für die Wahl des Bundesauschusses Stellung zu nehmen. Hierzu beantragten die Berliner Staatsjuristen, alle die Kandidaten von der Liste zu streichen, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe gefeiert haben.

Lohnbewegung beim Beamten-Wirtschaftsverein

Der A. d. A. teilt mit: Am 13. Mai hat der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einstimmig für die Angestellten im Beamten-Wirtschafts-Verein für Monat April 30 Prozent und für Monat Mai 50 Prozent Zuschlag auf die Märzgehälter festgesetzt. Der Schlichterspruch ist von der Geschäftsleitung unter Sanction des Aufsichtsrates einstimmig abgelehnt worden. Am 22. Mai versuchte man die nötigen Kräfte für den evtl. Streik zu engagieren. Leider kamen die armen Erwerbslosen vergeblich, denn die Geschäftsleitung hatte es vorgezogen, nicht anzuweisen zu sein. Daß die Geschäftsleitung imhinde ist, die höchsten Gehälter zu zahlen, kann man daraus ersehen, daß sie versuchte, Dienststellenleiter und Vorkasseleiter mit einem Judaslohn zu bedecken.

Diese Entlohnungspolitik wird aber nicht verhindern, daß der Geschäftsleitung in den nächsten Tagen die richtige Antwort erteilt wird.

Kollegen, nehmt kein Engagement beim B. W. V. an, da ihr nur zu Streikdreherarbeiten herangezogen werden sollt. Die Angestellten des B. W. V. versammeln sich am Freitag, dem 26. Mai 1923, abends 8 Uhr, im Witten Kaffeehaus, Anhaltstraße 11.

USPD-Bekleidungsarbeiter. Am Freitag, den 26. Mai, abends 7 Uhr, findet in der Schule Niederoakstr. 12 eine wichtige Versammlung Amtlicher USPD-Bekleidungsarbeiter statt. Es ist strenge Pflicht, daß alle Genossen und Genossinnen anwesend sind. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Berband. Damen-, Kindermäntel, Kostüm-Konfektion! Vom 15. Mai 1923 ab werden auf die bisherigen Reistlöhne 20 Prozent, auf die Stücklöhne 18 Prozent Zuschlag gezahlt. Die Spitzenlöhne betragen somit 1080 M. für Männer, für Frauen 820 M. Der niedrigste Lohn für Hilfsarbeiterinnen ist 480 M.

Zimmerer! Unsere nächste Jahreshauptversammlung findet am Montag, den 29. d. M., abends 6.30 Uhr, in den Prustkuffen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht und Beschlußfassung über die letzte Lohnrevision. 2. Bericht der Delegierten vom 22. Berichtstag in Bernherode. Alle Kameraden werden ersucht, sich an den Bezirksversammlungen, welche in der Zeit von Freitag, Sonnabend und Sonntag dieser Woche stattfinden, regen an beteiligen. — Der Vorstand.

Parteiveranstaltungen

Übersichtstabelle. Versammlungen der SPD-Jugendbewegung werden in folgenden Stellen bis zum 3. Juni einbezogen: Weid, Wilhelmshofstraße 2 (Laden); Bader, Wilhelmshofstraße 17 (Laden); Cronan, Wilhelmshofstraße 47 (Laden); Schuler, Wilhelmshofstraße 48 (Verbandsbüro); Konsumladen, Solferinostraße; Konsumladen, Westfälische Straße.

Freitag, den 26. Mai.

9. Bezirk. 1. Abteilung: Abteilungsversammlung bei Frau, Uckerstr. 21. 2. Abteilung: Abteilungsversammlung, abends 7 Uhr, bei Frau, Westfälische Straße 9. Die Bezirksführer müssen die Mitgliederlisten mitbringen.

13. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission einschließlich aller ehrenamtlich in der Kommune tätigen Genossen, sowie der Bauernräte und der Arbeiterkommissionen bei Frau, Westfälische Str. 27.

20. Bezirk. (Kreuzberg.) Engere Vorstandssitzung abends 7 Uhr bei Frau, Konsumstraße 9.

Schöneberg-Bezirk. 14. Uhr in den neuen Rathhäusern, Martin-Lutherstraße 60 (Tunnel) Mittagsbesprechung. Tagesordnung: Bericht der Stadt- und Bezirksvorstände, Aussprache über die Resolution des Delegierten-Tages. Bezirksführer müssen einladen.

Wilmersberg, Stadt und Land. Wie für Freitag, den 26. Mai 1923 angelegte Sitzung der kommunalen Kommission fällt umstände halber aus. Die nächste Sitzung wird besonders bekanntgegeben. Bitte Parteimitglieder beachten!

Westfälische, 14. Bezirksabteilung. Abends 6 Uhr, Treffpunkt zur Hauptversammlung. 5. Bezirk: Ober-Köpenick, Westfälische Str. 81. 6. Bezirk: Schenck, Kollwitzstraße 24. 10. Bezirk: Britzow, Richardstraße 53. 11. Bezirk: Oranienburg, Kaiser-Friedrich-Straße 120. 12. Bezirk: Bausch, Gannertstraße 30-31.

13. Bezirk: Bunt, Walterstraße 27. 14. Bezirk: Stedect, Guter Straße 85. 15. Bezirk: Zieles, Eimer Straße 31. 17. Bezirk: Rothmann, Lomowstr. 33. 19. Bezirk: Wlans, Weinsandberg-Straße 73. 20. Bezirk: Wilmersberg, Kleberstraße 35. 22. Bezirk: Grollmann, Westfälische Str. 20. 23. Bezirk: Vogel, Wilmersberg-Straße 15-16. 24. Bezirk: Adler, Anklagenort 4. — Die nicht aufgeführten Bezirke verteilen sich auf obige Mitgliedschaften mit Ausnahme:

Wilmersberg, abends 7 1/2 Uhr wichtige außerordentliche Parteimitglieder-Versammlung bei Frau, Charlottenburger Straße, Ecke Westfälische. — Es wird gebeten, die Straßenführer nach persönlich einladen.

Christenaustraße. Abends 7 1/2 Uhr findet eine öffentliche Parteimitglieder-Versammlung der Schulen von Christenaustraße in der Schulhaus, Kollwitzstraße 104. Referent Herr Müller.

20. Bezirk. Abends 8 Uhr allgemeine Hauptbesprechung. Treffpunkt: Köpenicker Dorfplatz, Klingelstr. 70. Baumgarten, Kollwitzstr. 104. Müller-Straße 29. Müller und Reichardt, Guter Müller, Wilmersberg. Erscheinen aller Genossen notwendig.

Sonnabend, den 27. Mai.

20. Verwaltungsbezirk. Reinickendorf, Regal, Bismarck, Hermsdorf. — Abends 6 1/2 Uhr, Generalversammlung im Felsenpark der 1. Gemeinde, Gindener Straße (am Rathaus Reinickendorf).

Vereinskalender

Donnerstag, den 25. Mai.

Bereitigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Gen. Wilmersberg, 6 Uhr abends, in der Christenaustraße 104. — Er wird sprechen über „Unser Dimmal“.

Freitag, den 26. Mai.

Kommunistischer Arbeiter-Verein. Abends 6 Uhr, Hauptversammlung der Kunst- und Bauhilfsvereine in der Schulhaus, Kollwitzstraße. Tagesordnung: Unsere letzten Verhandlungen, Mitgliedsbuch eines KVO-Verbandes legitimiert.

Deutscher Transportarbeiter-Berband. Landstraße, Funktionärstagung der Transportindustrie bei Frau, Kollwitzstraße 17, abends 7 Uhr. — Besondere Abt. (Mit-Betriebs-Gewerkschaft.) Abends 8 1/2 Uhr bei Frau, Westfälische Str. 15 Gruppenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kaus, Berlin; für den Interimsteil und geschäftliche Mitteilungen: Rudolf Komerzler, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, z. B. m. d. G., Berlin. — Druck von Gedring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Rineckstraße 75.

Der genügt für alle drei!

note, 1000

J.C. & A.

NE 453500081 D

Moderner Jumper
aus gelbem gebildetem Vollwolle,
entsprechende Aufmachung, reiche
Faspeh- und Knopfverzierungen

150.-

Eleg. Frotté-Kleid
aus schön gestreifter Ware, ganz
modern und sauber verarbeitet,
mit besonders feinem Schleiengürt

575.-

Flotter Faltenrock
beliebter Römerstreifen in
hellgrünen und mode Farbtönen

275.-

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Schriftliche Bestellungen können
nicht berücksichtigt werden.

Nicht warten!
 bei uns kaufen Sie
 Pfingstfest **billig u. gut!**
 zum



Eduard
Goldacker

Eigene
 Bäckerei

Centrale: Brunnenstr. 129/30
28 Filialen

Eigene
 Dampf-mühle

Auszug Weizen Roggen Mehl	11 ⁷⁵ / _{M.}	11 ^{M.}	7 ⁵⁰ / _{M.}	feinste Tafel-Margarine 32-34-36 ^{M.}
Auszugmehl in abgefaßten Beuteln zu 2, 5 u. 10 Pfd.				Reines Schweine-Schmalz 47 ^{M.}
Welzengries	13 ^{M.}			Cocosfett 35 ^{M.}
Vickt. Erbsen	8 u. 9 ^{M.}			ff. Marmeladen u. Confiture.
Kaffee Mischung				Karo Sirup 2 Böse 13 ^{M.}
				Holl. Kakao (Qualität) 40 ^{M.}
				Vollwertige gebr. Gerste 1/2 u. 15 ^{M.}
				m. 20% bestem Bohnen Kaffee. Pak.

Wo kauft

der freigewerkschaftlich-organisierte Arbeiter und Angestellte zum Pfingstfest seine Bekleidungsgegenstände aller Art?



Nur in den Verkaufsstellen der Bekleidungs-werkstätten der Berliner Gewerkschaften G. m. b. H., früher: Warenverteilungsstelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes.

Die Verkaufsstellen befinden sich:

1. Zimmerstrasse 68.
2. Kottbuser Damm 88-89.
3. Sebastianstrasse 37-38.
4. Engel-Ufer 30.
5. Jablonskistrasse 8.
6. Schönhauser Allee 173 (Eingang Schwedter Strasse).
7. Brunnenstrasse 185.
8. Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Strasse 101.
9. Friedrichshagen, Scharnweberstrasse 4.
10. Wildau.

Geschäftszeit 9-12 und 3-6

Verbandsbuch mitbringen